



FRANKFURTmagazin

- 6** Das neue Grundsatzprogramm
- 14** Zu Besuch in der Partnerstadt Krakau
- 23** CDU vor Ort: Gateway Gardens
- 24** Neues Leitbild für den Zoo



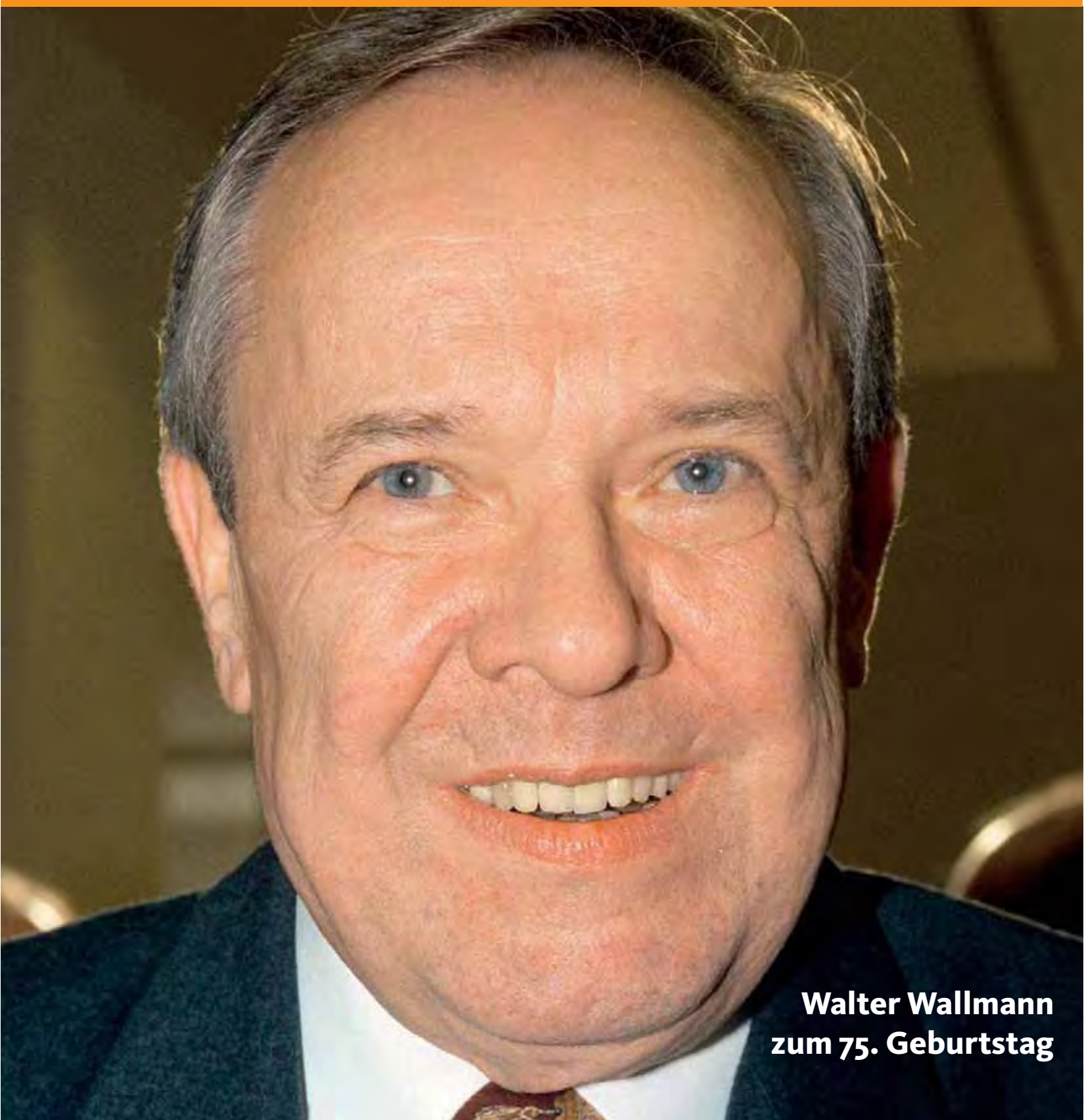
**Erfolgsmodell
Freiwilliger
Polizeidienst**

4



**Wiederaufbau
der Altstadt**

20



**Walter Wallmann
zum 75. Geburtstag**

Editorial	3
Thema	
Erfolgsmodell Freiwilliger Polizeidienst	4
Aus der Partei	
Das neue Grundsatzprogramm der CDU	6
Dr. Walter Wallmann zum 75. Geburtstag	8
Bundesverdienstkreuz am Bande für Gudrun Osterburg	8
Führender Umweltexperte zu Gast	9
Gemeinsam sind wir stark	9
Mehr Sport-, Bewegungs- und Freizeitangebote für Senioren im Gallus	10
CDU Seckbach gratulierte Maria Platz zum 100. Geburtstag	10
Hinter den Kulissen des Frankfurter Zoos	11
Besichtigung der neuen A-380-Werft	11
CDU Bergen-Enkheim feiert ihr 31. Wiesenfest	12
Sommerfest der CDU Sindlingen und CDU Zeilsheim	12
Das Sommerprogramm der Nieder CDU	13
Historische Stadtbesichtigung	13
CDA-Vorstand in der Partnerstadt Krakau	14
Einige unbequeme Wahrheiten zur Reform der Pflegeversicherung	14
Frankfurter LSU auf dem CSD 2007	15
JU Frankfurt Süd erfolgreich beim Schweizerstraßenfest	15
Deutliches Zeichen gegen Extremisten	16
Junge Union Frankfurt bei DGB-Diskussion zu Mindestlohn, Arbeitslosigkeit und Bildungspolitik	16
Besuch der Feuer- und Rettungswache Frankfurt	17
Pflegeheime dürfen nicht kaputt geredet werden	17
Senioren Union: Das ganz Normale tun	18
Der virtuelle EAK	18
Übergang der Leitung des Fachausschusses Bildung	19
Besuch der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ)	19
Aus der Fraktion	
Altstadt – Ein neuer Mittelpunkt für Frankfurt am Main	20
Im Gespräch: CDU-Fraktionschef Markus Frank	22
Gateway Gardens – Von »Klein-Amerika« zur modernen Flughafenstadt	23
Dem Frankfurter Zoo eine Zukunft geben	24
Stiftungsuni – Wie Stadt und Region davon profitieren	25
5. Parade der Kulturen in Frankfurt am Main	26
Bildung ist auch in Serbien das Zukunftsthema	26
Schulbauunterhaltung – mehr als eine Pflicht	27
Den Hauptfriedhof als bedeutende Begräbnisstätte besser schützen	28
Bürger-Alarm-System – Einbrechern und Trickdieben keine Chance geben	29
Badetradition mit Skyline-Blick	30
Ein Schwimmbad unter Vereinsregie	30
Im Internet sekundenschnell zur Stadtverwaltung	31
Mainzer Rad und Frankfurter Adler – Höchst im Aufwind	32
Antrag: Frankfurter Dom als UNESCO-Weltkulturerbe	33
Antrag: Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels	33
Presse: Industriepark-Ansiedlung von Ticona ist ein Glücksfall	34
Magazin fragt – Michael Boddenberg antwortet	35

▼ Letzte Meldung ▼

Christian Wernet wird neuer Geschäftsführer der CDU Frankfurt am Main

Der 37jährige Bankkaufmann und Diplom-Politologe Christian Wernet tritt zum 1. Oktober 2007 die Nachfolge von Thomas Fedan ab. Wernet, der Mitglied des Kreisvorstands der CDU Frankfurt am Main ist, vertritt seit 1997 die Interessen seiner Mitbürger im Ortsbeirat 7. Nach dem Abitur absolvierte er zunächst eine Banklehre. 2003 schloss Wernet ein Studium der Politikwissenschaften an der Frankfurter Johann Wolfgang Goethe-Universität als Diplom-Politologe ab. Bis zu seinem Wechsel zur CDU Frankfurt war Wernet als freier Mitarbeiter bei General Electric tätig. »Mit Christian Wernet haben wir einen versierten Politikprofi an Bord geholt, dem die politischen Verhältnisse Frankfurts und Hessens bestens vertraut sind«, so der Kreisvorsitzende der CDU Frankfurt, Udo Corts.



Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisverband
Hanauer Landstraße 7 (Zoopassage)
60314 Frankfurt am Main
Tel. (069) 15 3099-0
▶ cdufrankfurtmain@t-online.de
▶ www.cdu-ffm.de

CDU-Fraktion
Bethmannstraße 3
60311 Frankfurt am Main
Tel. (069) 13 87 28-0
▶ info@cdu-fraktion.frankfurt.de
▶ www.cdu-fraktion-ffm.de

Redaktion:
Christian Wernet (v. i. S. d. P. für Parteiteil),
Wolfram Roos (wr),
Joachim Rotberg (jr) (v. i. S. d. P. für Fraktionsteil)
Freie Autoren:
Karlheinz Bührmann (kb), Gerhard Cullmann (gc),
Tobias Daubert (td), Markus Graff (mg), Joachim Gres (jg),
Wolff Holtz (wh), Ulf Homeyer (uh), Thomas Kirchner (tk),
Stefan Köhler (sk), Dieter Kunzler (dk), Robert Lange (rl),
Dr. Karsten Meyerhoff (km), Gudrun Osterburg (op), Jürgen Port (jp), Alexander Schart (as), Charlotte Schmidt-Imhoff (cs),
Christiane Schubring (chs), Christof Warnke (cw),
Hella Welker (hw), Volker Wirtgen (vw), Matthias Zimmer (mz)
Konzept, Grafik und Produktion:
DigitalAgentur mpm
Tel. (06131) 95 69-20
▶ www.digitalagentur-mpm.de

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber und der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 26. November 2007



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die Landtagswahl am 27. Januar 2008 wird in den nächsten Wochen unsere ganze Kraft erfordern: Sie alle wissen, dass das Ergebnis in Frankfurt von zentraler Bedeutung für den Wahlausgang in Hessen ist. Bei der Wahl 2003 hat die CDU alle sechs Frankfurter Wahlkreise gewonnen – und so soll es bleiben, damit unser Ministerpräsident Roland Koch seine erfolgreiche Arbeit fortsetzen kann und Hessen nicht zum Experimentierfeld der Linken wird!

Seit dem 1. Oktober verstärkt Christian Wernet (37) als neuer Kreisgeschäftsführer unser Team. Er ist Mitglied des Kreisvorstands, Vorsitzender des Stadtbezirksverbandes Praunheim und Ortsvorsteher im Ortsbeirat 7 (Hausen, Rödelheim, Praunheim). Mit ihm haben wir also einen versierten Politikprofi an Bord, dem die politischen Verhältnisse in Stadt und Land bestens vertraut sind. Die Organisation des anstehenden Wahlkampfes weiß ich bei ihm in guten Händen.

Wir möchten an dieser Stelle aber auch unserem langjährigen Kreisgeschäftsführer Thomas Fedta für die enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit in den vergangenen beinahe sieben Jahren danken. Er war Ansprechpartner für alle Mitglieder unserer Partei, hat zahlreiche Wahlkämpfe organisiert und viele Parteitage. Am Erfolg der Frankfurter CDU hat Thomas Fedta damit einen nicht unbeträchtlichen Anteil. Wir wünschen Herrn Fedta als Geschäftsführer der TCF von ganzem Herzen viel Erfolg und hoffen, dass er mit seiner Schaffenskraft und seinem Engagement im Sinne unserer Stadt auch weiterhin viel bewegen wird.

Die Frankfurter CDU hat den Entwurf des Landtagswahlprogrammes ebenso kon-

struktiv begleitet wie das Konzept des neuen Grundsatzprogramms der CDU Deutschlands. Wir stellen uns den Themen, welche die Menschen bewegen, und wir bieten Lösungen. Das wird die CDU in Frankfurt einmal mehr am 17. November unter Beweis stellen, wenn wir bei unserem Sonderparteitag nicht nur den Landtagswahlkampf eröffnen, sondern auch Perspektiven für die Stadt der Zukunft diskutieren: Die CDU ist die Kraft der Erneuerung!



Die CDU-Fraktion hat die Sommerferien genutzt und zahlreiche Arbeitstermine absolviert. Wir haben uns persönlich vom guten Stand der Schulsanierung in Frankfurt am Main überzeugt, das Baugebiet »Gateway Gardens« am Flughafen besichtigt, das erfolgreich in Vereinsregie geführte Gartenbad Fechenheim besucht, am Mainufer Gespräche zum Thema »Badeschiff« geführt und uns über das archäologische Denkmal NIDA-Heddernheim informiert. Die Ortstermine im Zoologischen Garten und auf dem Hauptfriedhof haben wichtige Anträge unserer Fraktion begleitet, über die Sie in diesem Heft Näheres erfahren.

Die von zahlreichen Kommunen im Rhein-Main-Gebiet wie zum Beispiel Offen-

bach, Neu-Isenburg und Raunheim angestoßenen Gespräche über einen Anti-Lärm-Pakt haben die schwarz-grüne Koalition zu einer gemeinsamen Stellungnahme veranlasst. Dies zeigt: Die Grünen bereiten sich unabhängig von ihrer grundsätzlich ablehnenden Haltung zum Ausbau des Frankfurter Flughafens auf den Ausbaufall vor und stellen sich den damit verbundenen Fragen. Übereinstimmend halten CDU und Grüne im Römer im Interesse der Flughafenan-

wohner an dem im Mediationsergebnis beschriebenen Nachtflugverbot zwischen 23.00 und 5.00 Uhr fest. Dies ist auch geltende Beschlusslage der Stadt Frankfurt. An dieser Position muss auch im Rahmen eines Anti-Lärm-Pakts festgehalten werden. Als Frankfurter CDU kommen wir somit unserem erklärten Ziel »Flughafenausbau« wieder einen Schritt näher.

Ein dickes Lob aus Wiesbaden kann sich unsere Finanzpolitik und unser guter Draht nach Wiesbaden auf ihre Fahnen schreiben. Innenminister

Volker Bouffier hat den Haushalt 2007 genehmigt und dabei die Konsolidierungsleistungen der Stadt ausdrücklich gelobt – eine gute Ausgangsbasis für die kommenden Haushaltsberatungen, die am 15. November 2007 mit der Einbringung und ersten Lesung des Etats 2008 beginnen. Die CDU-Fraktion wird hier erneut ihren Führungsanspruch im Römer geltend machen!

Mit freundlichen Grüßen

Udo Corts MdL,
Kreisvorsitzender

Markus Frank,
Fraktionsvorsitzender

Erfolgsmodell Freiwilliger Polizeidienst

Bis zum Ende des Jahres sind in Frankfurt am Main alle 90 Polizeihelfer im Dienst

Es begann als Pilotprojekt in vier Städten und Landkreisen und ist ein Erfolgsmodell geworden: der Freiwillige Polizeidienst. In fast 100 hessischen Städten und Gemeinden sind rund 700 Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich zur Stärkung der Sicherheit im Einsatz. In Frankfurt am Main sind es demnächst 90. Ihr Auftrag: »Präsenz zeigen – beobachten – melden«.

Die Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes (FPD) gehört auch zum Kernbestand der Koalitionsvereinbarung von CDU und Grünen in Frankfurt am Main. Ohne Verzögerung hat die Koalition mit Antrag NR 47/06 den Magistrat beauftragt, dieses Projekt gemeinsam mit dem Land Hessen auch in Frankfurt am Main zu verwirklichen und damit für mehr Sicherheit und Sauberkeit zu sorgen. Die Geschichte des hessischen FPD reichte zu diesem Zeitpunkt bereits sechs Jahre zurück.

Aktive Bürgerbeteiligung

In Deutschland gab es zunächst in Baden-Württemberg (1963) und Bayern (1996, hier jedoch unter der Bezeichnung Sicherheitswacht) einen freiwilligen Polizeidienst. Mit dem Hessischen Freiwilligen-Polizeidienst-Gesetz vom 13. Juni 2000 wurden dem Freiwilligen Polizeidienst Aufgaben übertragen und Befugnisse eingeräumt. Ihm stehen neben den sogenannten »Jedermannsrechten« eine Reihe von Befugnissen zu. So dürfen die Polizeihelfer zum Beispiel die Identität feststellen und Platzverweise erteilen. Im Oktober 2000 startete der Freiwillige Polizeidienst in Fulda, Offenbach am Main, Marburg-Biedenkopf und Wiesbaden als hessisches Pilotprojekt mit insgesamt 90 Helferinnen und Helfern. Unter Leitung der örtlichen Polizei wurden die Ehrenamtlichen sorgfältig ausgesucht, ausgebildet und dann etwa in Parks, in Unterführungen, auf Fried-

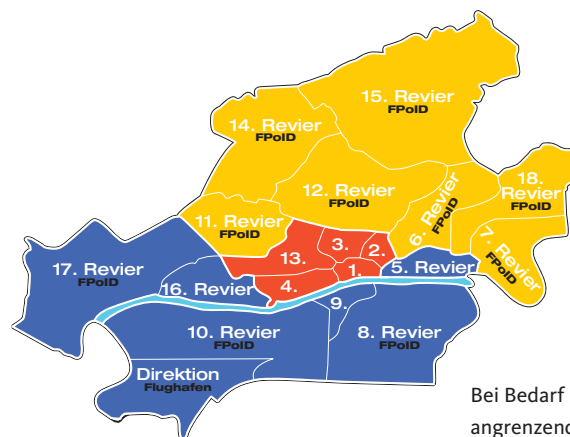
höfen oder öffentlichen Plätzen eingesetzt. Ziel war und ist Gewalt und Straftaten durch die Präsenz von Uniformierten erst gar nicht geschehen zu lassen.

Zu betonen ist: Der FPD ist entgegen der weitläufigen Polemik der SPD keine Bürgerwehr, sondern ein Angebot an Bürgerinnen und Bürger, einen wichtigen Dienst für die öffentliche Sicherheit und damit für die Allgemeinheit zu erbringen. Dadurch wird deutlich, dass die Gewährleistung der Inneren Sicherheit zum einen die besondere Aufgabe der Polizei ist. Zum anderen ist sie aber auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der ehrenamtliche FPD ist aus diesem Grund ein wichtiger Beitrag zur Verbesserung sowohl der aktiven Bürgerbeteiligung

als auch der Gefahrenabwehr in Hessen. Rund 700 dieser Ehrenamtlichen sind zurzeit im FPD in Hessen bei Wind und Wetter aktiv, und zwar mit hoher persönlicher Kompetenz. Sie kommen aus vielen Berufen, vom Werkzeugmacher bis zum Akademiker. Darüber hinaus engagieren sich auch eine Reihe ausländischer Bürgerinnen und Bürger für die Sicherheit in Hessen. Italiener, Marokkaner, Spanier, Mazedonier, Briten, Türken oder Belgier – sie alle sind im FPD aktiv. Wenn auch nicht repräsentativ, stellen die Helferinnen und Helfer mit einem Durchschnittsalter von 42 Jahren einen guten Querschnitt der Bevölkerung dar.

Die hohe Zahl der Bewerberinnen und Bewerber (das Doppelte bis 5-Fache) zeigt, wie groß der Wunsch ist, sich ehrenamtlich zu beteiligen. Die Resonanz in der Bevölkerung und bei den Dienststellen mit Freiwilligen Polizeihelfern belegt, dass die Einführung des Freiwilligen Polizeidienstes in Städten, Gemeinden oder auch auf Landkreisebene ein hilfreiches und wirksames

Polizeireviere in Frankfurt am Main mit Einsatz des Freiwilligen Polizeidienstes



Revierzuteilung

5. Revier 8
6. Revier 10
8. Revier 9
10. Revier 6
11. Revier 10
12. Revier 10
14. Revier 9
15. Revier 10
16. Revier 8
17. Revier 10

Stand: 01.10.2007

Bei Bedarf unterstützen die Reviere 5 und 6 die angrenzenden Reviere 7 und 18 mit ihrem FPD.



Rundgang mit Freiwilligen Polizeihelfern durch Höchst: Ministerpräsident Roland Koch (CDU) kam persönlich zur Indienststellung. Im Bild rechts: Stadtrat Boris Rhein (CDU).



mit ausländischen Wurzeln. Mehr als 40 Prozent der Helfer in Frankfurt haben einen Migrationshintergrund.

Auf Streife sind alle Polizeihelfer mit Pfefferspray, Mobiltelefon, Taschenlampe und

Trillerpfeife ausgerüstet. Einsatzgebiete sind unter anderem die Bereiche der Grünanlagen, Friedhöfe (speziell auch der Hauptfriedhof), Wohngebiete, Einkaufsbereiche, Schulzentren und Kindergärten. Stift und Schreibblock kommen oft zum Einsatz. Falschparker geraten dabei ebenso ins Visier wie wilder Müll oder auffällige Jugendgruppen auf Spielplätzen.

Mittel im Sinne eines zusätzlichen Angebots zur Polizeiarbeit ist.

Zwischenzeitlich ist aus dem Pilotprojekt eine Selbstverständlichkeit geworden. Das zeigen die zahlreichen Nachfragen und Wünsche von Städten, Landkreisen und Gemeinden auf Einrichtung des FPD. Mit dem ersten sogenannten Koordinationsvertrag mit der Kreisstadt Bad Hersfeld im März 2002 begann eine Erfolgsgeschichte nach dem Muster der Mund-zu-Mund-Propaganda. So ist es mittlerweile gelungen, den Freiwilligen Polizeidienst in fast 100 hessischen Städten und Gemeinden nahezu flächendeckend einzuführen. Auch in der Metropole des Bundeslandes sind die freiwilligen Polizeihelfer bereits im geregelten Einsatz.

Einführung in Frankfurt am Main

Am 18. September 2006 unterzeichneten Innenminister Volker Bouffier (CDU) und Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) den Koordinationsvertrag zur Einführung des FPD in Frankfurt am Main. Mit dem Beschluss zum Haushalt 2007 bewilligte die Stadtverordnetenversammlung die erforderlichen Mittel zur Finanzierung der Aufwandsentschädigung für die Polizeihelfer. Und ab 17. Januar 2007 waren bereits die ersten 20 von 90 Freiwilligen

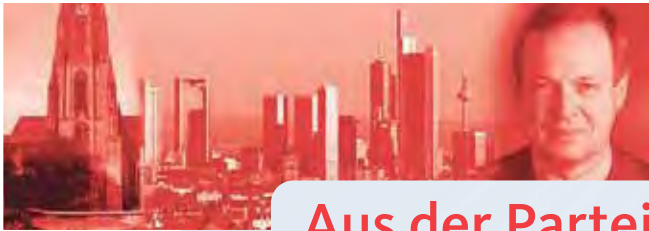
Polizeidienstleistenden auf Frankfurts Straßen und Plätzen unterwegs. Sicherheitsdezernent Stadtrat Boris Rhein (CDU) sorgte für eine rasche Umsetzung des FPD. Sogar Ministerpräsident Roland Koch (CDU) hat sich schon persönlich im Rahmen eines Rundgangs in Frankfurt-Höchst davon überzeugen können.

Die ehrenamtlichen Sicherheitskräfte werden von der Frankfurter Polizei ausgebildet, ausgestattet und in Absprache mit der Stadt in nahezu allen Revierbereichen eingesetzt. Die Ausbildung des Freiwilligen Polizeidienstes umfasst 50 Unterrichtsstunden mit theoretischen und praktischen Ausbildungsinhalten. Die jüngste Helferin ist noch Schülerin, ihre neuen Streifenpartner sind im normalen Berufsalltag unter anderem als Chemikant, Werbekaufmann, Hundeführer, Justizfachwirt, Lehrerin oder Hausfrau tätig. Aufgrund ihrer unterschiedlichen Herkunft beherrschen sie viele Sprachen, von Italienisch, Persisch, Arabisch, Türkisch, Russisch, Spanisch und Japanisch bis zu Griechisch. »Wir freuen uns, dass die Freiwilligen Polizeihelfer in Frankfurt ein breites Spektrum an Sprach- und Kulturkompetenz in ihre Arbeit einbringen und somit einen wertvollen Beitrag zur Integration leisten können«, sagt Stadtrat Boris Rhein über die Polizeihelfer

Erste positive Erfahrungen

Die ersten Erfahrungen in Frankfurt sind positiv. Vor zahlreichen Medienvertretern berichteten sechs in Höchst eingesetzte Freiwillige Polizeihelfer über ihre ersten Dienstwochen. Die Polizeihelfer seien von den Bürgern ausgesprochen positiv aufgenommen worden. »Teilweise kennen einzelne Friedhofsbesucher schon unsere Vornamen«, berichtete zum Beispiel der Polizeihelfer Carmelo Crescente. Mit 350 Bürgergesprächen in zwei Monaten steht die Kommunikation auf der Straße ganz klar im Vordergrund des täglichen Handlungsfeldes des FPD. »Wir sind schließlich keine Mächtegern-Sheriffs, sondern nehmen uns die Zeit, intensiv mit den Bürgern in einen Dialog zu treten und damit selbst etwas für Frankfurts Sicherheit zu tun. Und bei diesen Gesprächen ist die Resonanz immer sehr positiv«, ergänzte deshalb sein Kollege Matthias Riedel.

In diesen Wochen wird in Frankfurt am Main die Ausbildung des fünften Kontingents abgeschlossen. Dann werden insgesamt 90 Polizeihelferinnen und -helfer verteilt auf zehn Polizeireviere in der Stadt für mehr Sicherheit sorgen. Die CDU hat dieses Wahlversprechen zur Kommunalwahl 2006 damit umgesetzt. (jr)



Aus der Partei

Das neue Grundsatzprogramm der CDU

Von Dr. Hendrik Sandmann und Dr. Matthias Zimmer, Grundsatzprogrammbeauftragte der Frankfurter CDU

Unmittelbar nach den letzten Bundestagswahlen hat die CDU-Vorsitzende Angela Merkel den Anstoß gegeben, ein neues Grundsatzprogramm für die CDU zu erarbeiten. Das Programm von 1994 war in zwei wesentlichen Punkten nicht mehr aktuell. Erstens hat es kaum die dramatischen Umwälzungen reflektiert, die auch in Deutschland durch die Globalisierung erfolgt sind. Die Globalisierung ist ein qualitativ neuer Schritt in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen. Sie ist eine große Chance für Deutschland, stellt unser Land aber auch vor neue und 1994 so nicht vorhergesehene Herausforderungen. Zweitens hat sich nach der Vereinigung Deutschlands und dem Ende des Ost-West-Konflikts die internationale Rolle Deutschlands deutlich geändert. Heute ist Deutschland in einem 1994 kaum für möglich gehaltenen Maß auch mit militärischen Mitteln an Krisenherden der Welt präsent. Die Anforderungen an die deutsche Außenpolitik sind heute vielfältiger. Das hat sich seit dem 11. September 2001 noch verstärkt.

Schon allein diese beiden Punkte berühren die unterschiedlichsten Politikbereiche. Deshalb war es richtig, unser christlich-demokratisches Grundverständnis erneut zu befragen und auf die neuen Herausforderungen anzuwenden. Dies hat die Grundsatzprogramm-Kommission in den letzten beiden Jahren getan und im Sommer dieses Jahres

einen umfangreichen neuen Entwurf vorgelegt, der nun in den Parteigliederungen und auf einer Reihe von Regional-konferenzen diskutiert werden soll. Auf dem Bundesparteitag der CDU in Hannover Anfang Dezember wird der Entwurf zur endgültigen Beschlussfassung vorliegen. Aus Frankfurter Sicht besonders erfreulich:

»Die CDU ist die Volkspartei der Mitte. (...) Wir orientieren uns am christlichen Bild vom Menschen und seiner unantastbaren Würde und davon ausgehend an den Grundwerten Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit.« (Präambel)

Die stellvertretende Landtagskandidatin Bettina M. Wiesmann und der Frankfurter Landtagsabgeordnete und Generalsekretär der CDU Hessen, Michael Boddenberg, waren an den Beratungen des Grundsatzprogramms auf Bundesebene beteiligt.

Was sind die wesentlichen Punkte des geplanten neuen Grundsatzprogramms? Klassisch definiert der Programmentwurf die CDU als »Volkspartei der Mitte«. Mit

dem christlichen Menschenbild bekennt sich die CDU ausdrücklich zu den zentralen Grundwerten »Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit«. Der Grundsatzteil enthält die Substanz unseres Menschen- und Weltbilds. Er definiert, wer wir sind und auf welcher Grundlage wir den Anspruch erheben, Politik gestalten zu wollen. Leitbild für Deutschland ist dabei die »Chancengesellschaft«, in der die Bürger nicht nur frei und sicher leben können, sondern der Respekt vor Leistung und Erfolg verknüpft ist mit sozialen Aufstiegschancen für alle.

Dr. Matthias Zimmer ist Vorsitzender der CDA Frankfurt und Mitglied des CDU-Kreisvorstands.



Bild: Zimmer



Bild: Sandmann

Dr. Sandmann ist als Schriftführer des CDU-Kreisverbands Frankfurt Mitglied im Kreisvorstand, stellv. MIT-Kreisvorsitzender und Vorsitzender der CDU Sachsenhausen.

Im inhaltlichen Teil enthält das Grundsatzprogramm einige Akzente, die zu vertieften Diskussionen einladen. Neu ist der Gedanke eines grundsätzlichen und im Grundgesetz wie den Länderverfassungen verpflichtend festgelegten Neuerschulungsverbotes. Bund und Länder sollen in den nächsten Jahren schrittweise entschuldeter werden. Nur noch solche Investitionen sollen getätigt werden dürfen, die Werte und Vermögen schaffen (§§ 210 und 211).

Einen großen Platz nimmt der Bereich ein, welcher der »Erneuerung der sozialen Marktwirtschaft in der globalisierten Welt« gewidmet ist. Die CDU betont darin die Chancen der Globalisierung für den Wirtschaftsstandort

Deutschland, geht aber auch auf die Sorgen und Befürchtungen der Menschen ein. Gefordert wird ein internationaler Ordnungsrahmen für die Globalisierung. Das Prinzip des fairen Wettbewerbs wird ausdrücklich befürwortet. Aber das Grundsatzprogramm macht auch deutlich: Wo andere Staaten durch ihr aktives Eingreifen in den Markt nationale wirtschaftsstrategische Ziele durchsetzen wollen, muss es legitim sein, dass auch Deutschland diese Möglichkeit haben muss, »wenn nationale Interessen von zentraler strategischer Bedeutung bedroht sind« (§ 157).

Neu im Grundsatzprogramm ist auch das Bekenntnis zu einer Leitkultur, die den Zusammenhalt der Gesellschaft befördert und der Maßstab für Integration und Teilhabe ist; Teil der Gesellschaft zu sein, so formuliert das Grundsatzprogramm, »heißt, an ihrer Geschichte, ihren Traditionen und Erfahrungen, ihren Formen und Normen des Zusammenlebens, also an ihrer Kultur teilzuhaben«. Neu ist aber auch der Hin-

weis, dass Deutschland ein »Integrationsland« ist (§ 304); damit gekoppelt ist gleichzeitig eine Absage an ein »unverbundenes Nebeneinander und die Bildung von Parallelgesellschaften«.

Ehe und Familie bilden, wie schon in den Programmen zuvor, eine wichtige Säule des Selbstverständnisses der CDU. Familie ist überall dort, so definiert es das Grundsatz-

programm, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern dauerhaft Verantwortung tragen (§ 68). Die besondere Bedeutung der Ehe als Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau wird betont; andere Formen des Zusammenlebens sollen der Ehe nicht gleichgestellt werden. Stärker als

im Programm von 1994 kommt die demografische Frage zum Tragen. Mehr Familiengerechtigkeit soll dafür sorgen, dass der Trend gegen Familien gebrochen werden kann. Das Grundsatzprogramm will die finanzielle Förderung der Familien in einer Familienkasse bündeln und spricht davon, das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting zu erweitern.

Deutschlands Rolle in der Welt ist durch die Globalisierung geprägt; dadurch wird »jedes Land unser Nachbar« (§ 341). Nicht nur regional, sondern auch global muss Deutschland Verantwortung übernehmen; der Aufbau von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in entfernten Regionen dient deutschen Interessen. Das ändert auch den Auftrag der Bundeswehr. Im »Konzept vernetzter Sicherheit«

hat die Bundeswehr neben den traditionellen Aufgaben der Landes- und Bündnisverteidigung auch Aufgaben im Bereich internationaler Krisenvorsorge und -bewältigung.

Der Entwurf des Programms zeigt deutlich, dass unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit sowie das Ordnungsprinzip der Subsidiarität nicht nur nach wie vor hohe Aktualität genießen, sondern auch glaubwürdige und begründete Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts bereithalten. Gleichwohl: An der einen oder anderen Stelle wird es sicherlich den Bedarf geben, den Entwurf zu präzisieren, zu ergänzen und zu verbessern. Ab Mitte September findet eine Reihe von Regionalkonferenzen statt, in denen das Grundsatzprogramm beraten wird. Der Kreisvorstand der Frankfurter CDU hat Ende September über die im Kreisverband eingegangenen Änderungsvorschläge entschieden. Vorarbeiten dazu haben die beiden Grundsatzprogrammbeauftragten Dr.

Hendrik Sandmann und Dr. Matthias Zimmer sowie, als Bindeglied zu den Beratungen auf Bundesebene, Bettina M. Wiesmann geleistet. Genügend Gelegenheit also, sich vor den nächsten anstehenden Wahlen intensiv mit der Frage auseinanderzusetzen, wer wir als CDU sind, was wir wollen und warum wir der Meinung

sind, dass die Wähler uns den Gestaltungsauftrag in der Politik übertragen sollten!

»Wir wollen Deutschland aus seiner starken Mitte heraus vorantreiben. Wir werden die bürgerlichen Werte und Tugenden stärken, die unser Land erfolgreich gemacht haben.« (Präambel)

»In einer sich ändernden Welt bleibt es unser Auftrag, Werte und Wirklichkeit zusammen zu denken und entsprechend zu handeln. Die Einsicht in die Fehlbarkeit des Menschen bewahrt uns vor der Gefahr, Politik zu ideologisieren, und zeigt uns die Grenzen der Politik auf.« (Präambel)

Der Entwurf des Grundsatzprogrammes kann abgerufen werden unter

» <http://www.grundsatzprogramm.cdu.de/>

Dr. Walter Wallmann mit dem hessischen Verdienstorden, den ihm Ministerpräsident Roland Koch im Namen des Landes für seine unvergessenen Verdienste um Hessen verlieh.



Dr. Walter Wallmann zum 75. Geburtstag

Von Udo Corts MdL, Kreisvorsitzender der Frankfurter CDU und Hessischer Minister für Wissenschaft und Kunst

Mehr als einmal war er der Erste: der erste CDU-Oberbürgermeister in Frankfurt am Main, der erste Bundesumweltminister, der erste CDU-Ministerpräsident des Landes Hessen – Walter Wallmanns politische Karriere ist in der Tat beispiellos. Er hat in allen seinen Ämtern nicht einfach nur Akzente gesetzt, sondern prägend gewirkt. Das gilt in besonderem Maß für die Jahre als Frankfurter Oberbürgermeister von 1977 bis 1986, die zu Recht als Ära Wallmann in die Annalen der Stadt eingegangen sind. Das Bild von der »unregierbaren Stadt«, Ergebnis jahrzehnte-

langer sozialdemokratischer Machtausübung in Frankfurt, hat Walter Wallmann gründlich korrigiert. In seine Amtszeit fielen beispielsweise die Fertigstellung der Alten Oper, der Bau des Museumsufers am Main und der Wiederaufbau der historischen Häuser auf dem Römerberg. Auch die Städtepartnerschaft mit Tel Aviv ist genauso mit dem Namen Wallmann verbunden wie die jährlichen Einladungen ehemaliger jüdischer Bewohner der Stadt aus dem Exil. Dass Frankfurt heute eine international anerkannte Kulturmetropole ist, eine weltoffene, liberale Großstadt, die sich ihrer historischen Wurzeln bewusst ist, verdanken wir nicht zuletzt dem Oberbürgermeister Walter Wallmann. Liberalität und Toleranz sind gleichzeitig

Stichworte, die das politische Handeln Wallmanns kennzeichnen – nicht im Sinn von Belieblichkeit, sondern auf der Grundlage seines dezidiert christlich-humanistischen Weltbilds und seines ausgeprägten Geschichtsbewusstseins. Er scheute keine Diskussion, keine Auseinandersetzung mit Andersdenkenden. Sein Ziel freilich war stets der am Gemeinwohl ausgerichtete Konsens, nicht der kurzfristige Erfolg, sondern die nachhaltige Wirkung. Nicht von Ungefähr tragen seine »Memoiren eines Politischen« den Titel »Im Licht der Paulskirche«. Walter Wallmann hat sich um die Stadt und das Land verdient gemacht. Zu seinem 75. Geburtstag am 24. September gratuliert die Frankfurter CDU ihrem Ehrevorsitzenden an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich und wünscht ihm viele glückliche Jahre im Kreis seiner Familie.

Bundesverdienstkreuz für Gudrun Osterburg

Dass die Landtagsabgeordnete Gudrun Osterburg nicht nur eine bekannte, sondern vor allem beliebte Persönlichkeit der Frankfurter CDU ist, konnte man am 22. August im Frankfurter Römer hautnah erleben. Als der hessische Innenminister Volker Bouffier eigens nach Frankfurt am Main gekommen war, um Frau Osterburg im Limpurgsaal das Bundesverdienstkreuz am Bande persönlich zu verleihen, war dieser bis auf den letzten Platz gefüllt. Ihre gesamte Familie, WeggefährtInnen und die Vorsitzenden der großen Römerfraktion waren gekommen, um bei dieser Ehrung anwesend zu sein. In seiner Einführungsrede machte Stadtrat Boris Rhein deutlich, dass Osterburg als tatkräftige Anwältin des Bürgertums bekannt sei und mit Beharrlichkeit sowie Augenmaß für



Die mit dem Bundesverdienstkreuz geehrte Landtagsabgeordnete Gudrun Osterburg mit ihrer Enkelin Sarah.

dessen Interessen eintrete. In diesem Sinn dankte auch Minister Bouffier in seiner Laudatio Frau Osterburg für ihr Engagement. Osterburg habe, so Bouffier, eine beachtli-

che politische Karriere vorzuweisen, die damit begonnen hätte, dass sie als Mutter die Schließung einer Schule verhinderte. Nach einer Mitgliedschaft im Ortsbeirat 10 (1985–1989) und ihrer Aktivität als Stadtverordnete (1989–1999) sei Osterburg 1999 in den Hessischen Landtag gewechselt und habe sich seitdem vor allem im Europaausschuss, im kulturpolitischen Ausschuss sowie im Unterausschuss für Heimatvertriebene für die Bevölkerung eingesetzt. Frau Osterburg, die seit November 2005 auch Landesvorsitzende der Union der Vertriebenen (UdV) ist, zog ihrerseits ein sehr persönliches Resümee ihrer politischen Arbeit, das mit viel Applaus bedacht wurde: »Politikerinnen müssen auch unbequeme Wahrheiten sagen können. Man darf sich nicht hinter Sachzwängen oder Gesetzen verstecken. Politisch handeln heißt, – auch wenn es unbequem wird – deutlich Stellung zu beziehen.« (wr)



Stadtverordneter
Martin Daum, Christiane
Schubring, CDU-Fraktions-
vorsitzende im OBR 8 und
Prof. Dr. Lutz Wicke (v.l.).

CDU Nordweststadt-Niederursel:

Umweltexperte Lutz Wicke zu Gast

»Kyoto PLUS – wirksame statt wirkungslose Klimapolitik, auch in Frankfurt am Main« – unter diesem Titel erläuterte Prof. Dr. Lutz Wicke, ehemaliger Wissenschaftlicher Direktor am Bundesumweltamt und Professor für Umweltmanagement an der Europäischen Wirtschaftshochschule Berlin, sein Konzept für Klimaschutz und eine nachhaltige Energieversorgung.

Die Veranstaltung bildete den Abschluss der vom Stadtbezirksverband organisierten Reihe zum Thema »Klima – Energie – Umwelt«. Vor einem hochinteressierten und fachkundigen Publikum legte Prof. Wicke dar, welche verheerenden Folgen für das Weltklima bei einem weiteren ungebremsten CO₂-Anstieg in

der Atmosphäre zu erwarten sind und dass zur Begrenzung der CO₂-Emissionen nur ein gerechtes Zertifikatssystem mit einem einheitlichen globalen Pro-Kopf-Wert für den Ausstoß von Treibhausgasen nachhaltigen Erfolg bringt. Ein solches System würde den Druck auf die Industrienationen erhöhen, Energie einzusparen, und gleichzeitig Schwellenländern wie Indien und China zunächst mehr Spielraum für ihre wirtschaftliche Entwicklung geben, um sie so zu einem gemeinsamen Handeln im Kampf gegen den Klimawandel zu bewegen; ein Gedanke, für den mittlerweile auch Bundeskanzlerin Merkel weltweit eintritt. Prof. Wicke sprach sich außerdem für eine Doppelstrategie aus, die

neben dem globalen den lokalen Aspekt des Klimaschutzes nicht aus dem Auge verlieren soll, und plädierte für weitere Energieeinsparungen sowie die Entwicklung und Förderung neuer Technologien und den Einsatz regenerativer Energieträger. In diesem Zusammenhang lobte er ausdrücklich die Klima- und Energiepolitik der Stadt Frankfurt. (chs)



Steht im Mittelpunkt der politischen Arbeit der CDU: Die zukünftige Lebensqualität auf unserer Erde.

Fusion der CDU-Verbände im Ortsbezirk 10:

Gemeinsam sind wir stark

Die Grenze zwischen Preungesheim und Eckenheim verläuft in weiten Teilen auf der Mitte der Homburger Landstraße, haben Sie das gewusst? Nördlich der A 661 hört Eckenheim noch lange nicht auf und dort geht es unmittelbar in den Frankfurter Berg über. Der wiederum gehörte zur

Gemarkung Bonames, bevor er ein eigener Stadtteil wurde, war Ihnen das bekannt? Die Niddauen verbinden nun wiederum Bonames mit Berkersheim, dessen Haupterschließungsstraße, der Dachsberg, einen geraden Wegs nach Preungesheim bringt, womit sich der Kreis schließt. Alle erwähnten Stadtteile bilden gemeinsam den Ortsbezirk 10 – und Sie fragen sich spätestens jetzt, warum wir Ihnen das berichten, liebe Leser. Nun, man kann erkennen, dass diese Stadtteile eine Menge gemeinsam haben und an etlichen Stellen auch schon ein geschlossenes Siedlungsgebiet bilden. Dennoch gibt es auf dem Gebiet des Ortsbezirkes 10 vier separate CDU-Stadt-

bezirksverbände. Natürlich arbeiten diese Verbände eng zusammen, richten Veranstaltungen gemeinsam aus, laden einander ein und kennen einander auch sonst ziemlich gut. Deshalb war es nur folgerichtig, was jetzt die Vorstände der CDU Bonames, Eckenheim, Frankfurter Berg/Berkersheim und Preungesheim beschlossen haben: Der Kreisvorstand möge gemäß § 39, Abs. 3 der Satzung der CDU Hessen aktiv werden und die Möglichkeit für eine Fusion dieser Stadtbezirksverbände ausloten. Damit wollen wir zu einem mitgliederstarken Verband werden, unsere Kampagnenfähigkeit weiter stärken und die Arbeit an der Basis straffen – effizienter machen. Schließlich ist es Unsinn, an der Huswerthstraße mit dem Plakatieren aufzuhören, weil dort zufällig Preungesheim endet und der Frankfurter Berg anfängt. (km, rl, jp, go)



V.l.: Dr. Karsten Meyerhoff, Vorsitzender der CDU Eckenheim, Robert Lange, Vorsitzender der CDU Preungesheim, Dr. Christean Wagner MdL, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, mit Gudrun Osterburg MdL, Vorsitzende der CDU Berg/Berkersheim, beim letzten »Abend zum Jahresausklang« der CDU im OBR 10.

bezirksverbände. Natürlich arbeiten diese Verbände eng zusammen, richten Veranstaltungen gemeinsam aus, laden einander ein und kennen einander auch sonst ziemlich gut. Deshalb war es nur folgerichtig, was jetzt die Vorstände der CDU Bonames, Eckenheim, Frankfurter Berg/Berkersheim und Preungesheim beschlossen haben: Der Kreisvorstand möge gemäß § 39, Abs. 3 der Satzung der CDU Hessen aktiv werden und die Möglichkeit für eine Fusion dieser Stadtbezirksverbände ausloten. Damit wollen wir zu einem mitgliederstarken Verband werden, unsere Kampagnenfähigkeit weiter stärken und die Arbeit an der Basis straffen – effizienter machen. Schließlich ist es Unsinn, an der Huswerthstraße mit dem Plakatieren aufzuhören, weil dort zufällig Preungesheim endet und der Frankfurter Berg anfängt. (km, rl, jp, go)

Weitere Infos aus dem OBR 10:

» <http://tkob10.blogspot.com>

Ein starkes Team vor Ort: Fritz Sturm, Michael Kraus, Thomas Kirchner, Vorsitzender der CDU Gallus/Gutleut, mit Birgit Pangritz, Günter Weckener und Ortsvorsteher Wolfgang Kreickmann (v. l.).



CDU Gallus/Gutleut:

Mehr Sport-, Bewegungs- und Freizeitangebote für Senioren im Gallus

Im Mittelpunkt des diesjährigen Sommer-spaziergangs der CDU Gallus/Gutleut stand die Gestaltung der Frankenallee. Die rund dreieinhalb Kilometer lange »grüne Lunge« des Stadtteils soll mit Fördermitteln in einen attraktiveren Zustand versetzt werden. Dabei stehen die Gestaltung der Grünflächen und die Beleuchtung des Mittelstreifens im Fokus. Bei der Begehung des Umfelds einer Trinkhalle fiel den Christdemokraten eine brachliegende Fläche auf, die nicht mehr in eine neu konzipierte Frankenallee passt. Thomas Kirchner, Vorsitzender der CDU Gal-

lus/Gutleut, könnte sich eine neuartige Nutzung der Fläche als »Seniorenspielplatz« vorstellen. Dabei handelt es sich um ein Freizeitangebot in der Art eines Trimm-dich-Pfads in öffentlichen Anlagen, das speziell auf Aktivitäten älterer Menschen ausgerichtet ist. Der erste deutsche Seniorensplatz wurde bereits im Jahr 1999 eröffnet. Seitdem verfolgen immer mehr Städte in Deutschland dieses Konzept. Das Angebot solcher Plätze beinhaltet zum einen speziell konstruierte Sportgeräte, die älteren Menschen eine Gelegenheit zu körperlicher Betätigung bieten

sollen, und zum anderen verschiedene Freizeitangebote wie zum Beispiel Bocciabahnen oder Schachfelder. Wolfgang Kreickmann, Ortsvorsteher im Ortsbeirat 1, will die Idee mit einem Antrag im Ortsbeirat unterstützen. Auch im Gallus, so Kreickmann, steigt der Anteil an älteren Bürgerinnen und Bürgern kontinuierlich an. Im Antrag wird der Magistrat daher aufgefordert, ein Konzept für die Nutzung der zurzeit brachliegenden Fläche zwischen dem Kinderspielplatz und der Trinkhalle an der Frankenallee/Ecke Schwalbacher Straße zu entwickeln. (gc)

CDU Seckbach gratuliert Maria Platz zum 100. Geburtstag

Die Frankfurter CDU hat nun drei von ihnen: Mitglieder, die 100 Lebensjahre und mehr aufweisen können. Seit diesem August ist Maria Platz aus Seckbach die Dritte in diesem exklusiven Bund. Aus diesem Grund besuchten gleich mehrere Vorstandsmitglieder der »Seckbacher« das besondere Geburtstagsfest von Frau Platz, an dem viele Gratulantinnen und Ehrengäste teilnahmen. Marie José de los Rios, die Vorsitzende der CDU Seckbach, überbrachte zusammen mit Gerda Wiesner, Vorstandsmitglied der CDU Seckbach, und Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld die herzlichen Glückwünsche des Kreisvorsitzenden der Frankfurter CDU, Staatsminister Udo Corts. Frau Platz ist seit dem 1. Januar 1958, und damit seit über 49 Jahren, Mitglied der Frankfurter CDU. Gefragt nach ihren Lieblingsbeschäftigungen, die nicht unerheblich



In der Bildmitte, erste Reihe: Maria Platz, links neben ihr in der zweiten Reihe: Maria José de los Rios, Vorsitzende der CDU Seckbach, rechts, zweite Reihe: Gerda Wiesner, Vorstandsmitglied der CDU Seckbach.

zu diesem beachtlichen Lebensalter beigetragen haben dürften, gab die Jubilarin drei Dinge an: Sie lese gerne, trinke gerne Kaffee oder Tee, vor allem aber Sekt, und esse gerne Süßigkeiten. Insofern war es selbstverständlich, dass sie zu ihrem Ge-

burtstag von allen diesen Dingen etwas geschenkt bekam. Zum einen wünscht die Seckbacher CDU Maria Platz auch weiterhin ein langes Leben, zum anderen wollen alle zusammen ihre 50-jährige CDU-Mitgliedschaft im nächsten Jahr feiern. (wr)



Auf Gegenseitigkeit beruhende Sympathie: Die Tiere des Streichelzoos entdecken Jochem Heumann. Links im Bild: Prof. Dr. Bernd Schildger.

CDU Frankfurt-Sachsenhausen:

Hinter den Kulissen des Frankfurter Zoos

Er liegt nicht nur zentral im Herzen der Stadt. Ebenso hat er einen festen Platz im Herzen der Frankfurter: der Frankfurter Zoo. Generationen von uns machten ihren ersten Schulausflug dorthin und fühlen sich seitdem eng mit dieser »Urinstitution« verbunden. Sehr viel war in den letzten Wochen von ihm zu hören – leider nicht immer nur Gutes. Aufgrund der in jüngster Zeit häufigen Schlagzeilen über den Zoo und anstehender Entscheidungen für dessen weitere Existenz lud Jochem Heumann, Vorsitzender der CDU Frankfurt-Sachsenhausen, seine »Sachsenhäuser« zu einem Blick hinter die Kulissen dieses einmaligen Ortes ein. Bereits zu Beginn des Besuchs, der vom Zoo-Interimsleiter Prof. Dr. Bernd Schildger fachkundig geleitet wurde, war klar: Der Frankfurter Zoo steht an

einem für sein Fortbestehen wichtigen Wendepunkt. Es wurde deutlich, dass es für mehrere Gehege keine Zukunft mehr gibt, da diese den heutigen Ansprüchen an eine artgerechte Haltung nicht mehr entsprechen. Auch sind viele der heutigen Anlagen – etwa das Grzimek-Haus – im höchsten Maß renovierungsbedürftig und im Besucherbereich weder behinderten- noch kindergerecht. Und dennoch kam im Laufe des Besuchs begründeter Optimismus auf, als Prof. Schildger zum einen die neue Menschenaffenanlage »Borgori-Wald« erklärte und zum anderen wesentliche Elemente seines

Sanierungskonzeptes erläuterte. Als Jochem Heumann überdies klar machte, dass die CDU-Stadtverordnetenfraktion den Zoo nicht im Stich lassen wird, wurde sicher nicht nur Prof. Schildger warm ums Herz. (wr)



Prof. Dr. Bernd Schildger (rechts oben im Bild), der Interimsleiter des Frankfurter Zoos, erklärt die Baustelle der neuen Attraktion »Borgori-Wald«.

CDU Frankfurt-Sachsenhausen:

Besichtigung der neuen A-380-Werft

Sie ist für die Zukunft des Frankfurter Flughafens von zentraler Bedeutung: die neue Lufthansa-Werft für den bald ausgelieferten Airbus A 380. Dies machte natürlich die »Sachsenhäuser« überaus neugierig. Bei einer Informationstour vor Ort, die mit eingehenden Vorträgen im Aviation Center der Lufthansa begann und mit einer Begehung der bereits stehenden Wartungshalle endete, konnten sich die zahlreichen CDU-Mitglieder von dem bald abgeschlossenen ersten Bauabschnitt der neuen Lufthansa-Werft ein eigenes Bild machen. Die Zahlen, die den »Sachsenhäusern« nahegebracht wurden, waren beeindruckend und sorgten für Stauern: 15 A 380 wird die Lufthansa zunächst erwerben und alle werden in Frankfurt stationiert sein. Der Kauf eines einzigen A 380

entspricht aufgrund der Investitionssumme der Gründung eines Großunternehmens – eine gewaltige Kraftanstrengung, die gut durchdacht und bis ins letzte Detail geplant sein will. So hat die Lufthansa auch schon dafür gesorgt, dass der erste Abschnitt der Werft schon Ende dieses Jahres fertiggestellt wird. Er weist eine Länge von 180 Metern, ei-

ne Breite von 140 Metern und eine Höhe von 45 Metern auf. Mit dem zweiten, genauso großen Bauabschnitt wird die Halle schließlich eine Länge von mindestens 350 Metern haben – die wahrscheinlich größte Flugzeughalle der Welt. 150 Millionen Euro wird die Errichtung der Halle insgesamt kosten. Wenn im Jahr 2015 alles fertig ist, können mindestens drei A 380 gleichzeitig in der Halle gewartet werden – oder bis zu sechs Jumbojets der Firma Boeing. (wr)



Stadtverordneter Jochem Heumann, Vorsitzender der CDU Frankfurt-Sachsenhausen, beim Fachgespräch im Lufthansa Aviation Center.



Wurde sehr gut informiert und freundlich geführt: Die Besuchergruppe der »Sachsenhäuser« im gewaltigen ersten Bauabschnitt der Werft.

Apfelweinkönigin Bettina I. mit dem Vorsitzenden Markus Graff und der Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld bei der Ziehung der Tombola-gewinner (v.l.).



Bild: Graff

CDU Bergen-Enkheim feiert ihr 31. Wiesenfest

Bei strahlendem Sonnenschein und Augustwetter feierte die »Bergen-Enkheim-Partei« ihr 31. Wiesenfest in der Kleingartenanlage Dorfelder Weg. Markus Graff, Vorsitzender der CDU Bergen-Enkheim, konnte über 100 Gäste begrüßen, unter denen auch zahlreiche Vereinsvertreter aus Bergen-Enkheim sowie Mandatsträger der örtlichen CDU anwesend waren. Als besondere Ehrengäste konnten die Landtagsabgeordnete Gudrun Osterburg, die Stadträtin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld, die ehrenamtliche Stadträtin Erika Pfreundschuh, die Stadtverordnete Anne Bender

sowie der Geschäftsführer der Saalbau GmbH, Dr. Andreas Eichstaedt, begrüßt werden. Gleichzeitig überbrachte der Vorsitzende Graff auch die herzlichsten Grüße der Bundestagsabgeordneten Erika Steinbach, die für die Tombola wieder eine Berlin-Reise zur Verfügung stellte. Schon am frühen Nachmittag wurden – beaufsichtigt von der CDU-Kinderbeauftragten im Ortsbeirat 16, Renate Müller-Friese – Spiele für die kleinen Besucher angeboten. Und nicht nur die Kinder hatten dabei ihren Spaß, sondern letztlich auch die »Großen«. Als Höhepunkt erwies sich einmal mehr

die Tombola mit vielen schönen Preisen, die u. a. von der Landtagsabgeordneten Gudrun Osterburg, der Stadtverordneten Anne Bender, der Gaststätte »Schöne Aussicht« und der Kanzlei Reiß gestiftet wurden. Zuvor mussten jedoch die Besucher einige Fragen über Bergen-Enkheim beantworten. Unter der fachkundigen Aufsicht von Apfelweinkönigin Bettina I. und Stadträtin Birkenfeld wurden aus den über 50 richtigen Antworten die 14 Gewinner gezogen. Bis zum späten Abend unterhielt die Bergen-Enkheimer Gruppe »Jet Combo« die gut gelaunten und sichtlich begeisterten Besucher des CDU-Fests mit Oldiemusik. (mg)

Sommerfest der CDU Sindlingen und CDU Zeilsheim

Sommerliches Wetter, ein guter Besucherzuspruch sowie lockere Stimmung unter den Gästen machten auch das 31. Sommerfest der Stadtbezirksverbände Zeilsheim und Sindlingen zu einem großen Erfolg. Rund 500 Gäste aus Zeilsheim, Sindlingen und den umliegenden Stadtteilen waren im Laufe der Veranstaltung auf das Gelände des Zeilsheimer Schützenvereins gekommen. Auch zahlreiche Ehrengäste waren der Einladung ge-

folgt, unter ihnen Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann und Stadtrat Dr. Ralf-Norbert Bartelt, die beide ein Grußwort sprachen. Nachdem Landtagsabgeordneter Alfons Gerling, Vorsitzender der CDU Zeilsheim, und der Sindlinger CDU-Vorsitzende Albrecht Fribolin die Gäste herzlich willkommen hießen, betonte Gerling, dass Politik im ständigen Dialog mit den Bürgern und Vereinen stehen müsse. Dies gelte nicht nur für

die aktuelle Tagespolitik. Alfons Gerling dankte den Mandatsträgern für ihr Bemühen, beständig Verbesserungen in den Stadtteilen zu erreichen, seien es die zahlreichen Maßnahmen in Höchst, die Sanierung der Sportstätten in Zeilsheim oder der neue S-Bahnhof in Zeilsheim/Sindlingen. Dass unter den vielen Gästen nicht nur CDU-Parteimitglieder waren, freute Gerling besonders: »Unser Sommerfest ist bei den Mitbürgerinnen und Mitbürgern sehr beliebt und an dem großen Zuspruch zeigt sich deutlich, dass die CDU in den Stadtteilen fest verankert ist.« Der Landtagsabgeordnete dankte auch den Organisatoren und ehrenamtlichen Helfern für die »viele Arbeit im Vorfeld und heute hier, ohne die ein solches Fest nicht möglich wäre«, allen voran dem neuen Vorsitzenden der Jungen Union Frankfurt-West, Stefan Köhler, der mit JU-Mitgliedern die Bewirtung übernommen hatte. (vw)



Bild: Gerling

Zeigten ihre besondere Verbundenheit mit den Freunden und Mitgliedern der CDU vor Ort: Alfons Gerling MdL, Albrecht Fribolin, Dr. Bernadette Weyland, Uwe Serke, Markus Frank, Ulrich Caspar MdL und Stadtrat Dr. Ralf-Norbert Bartelt (v.r.).

Die Nieder CDU bei ihrer Besichtigung des Neubaugebiets.



Bild: Bührmann

Das Sommerprogramm der Nieder CDU

Es gehört seit vielen Jahren zur guten Tradition der Nieder CDU: Das jährliche Sommerprogramm, das die Kommunalpolitiker Georg Endres, Friedrich Willems und Karlheinz Bührmann auch dieses Jahr wieder gestalteten. Wurden im zweiten Teil des Sommerprogramms ein Spaziergang im Nieder Naherholungsbereich durchgeführt und im dritten Teil die Sanierungspläne für das Haus Nied mit dem Geschäftsführer der Saalbau AG, Dr. Andreas Eichstädt, vor Ort besprochen, so stand im ersten Teil ein ausführlicher Gang durch den

Stadtteil auf dem Programm. Und natürlich waren auch bei allen Terminen der Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann und die beiden Stadtbezirksvorsteher Georg Endres und Friedrich Willems mit auf Achse. Der erste Sommerspaziergang führte in die Eisenbahnersiedlung. Bevor man sich dem zweiten Schwerpunkt des Rundgangs, der Versorgung mit Kindergarten- und Hortplätzen, widmete, ließ man sich den Baufortschritt im jüngsten Nieder Neubaugebiet erläutern. Der Einkaufsmarkt an der Oeserstraße hat bereits eröffnet.

Damit wurde einem alten Wunsch entsprochen, für die Eisenbahnersiedlung eine ortsnahe Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs zu schaffen. Außerdem wurden in diesem Neubaugebiet 36 Doppel- und 35 Reiheneigenheime in elf Monaten erstellt. 2006 war die Grundsteinlegung, jetzt sind bereits die ersten Familien eingezogen. Das Neubaugebiet birgt einige Besonderheiten. Die Niedrigenergiehäuser werden über ein Blockheizkraftwerk versorgt, das im Keller des Drei-Familien-Hauses an der Oeserstraße untergebracht ist. (kb)

CDU Fechenheim:

Historische Stadtbesichtigung

Die Stadt Frankfurt am Main steckt nicht nur voller Merkwürdigkeiten, sie hat auch eine historisch bedeutende und hochinteressante Geschichte vorzuweisen. Dies sollte nicht nur den täglichen Touristen nähergebracht werden, dachte der Vorsitzende des Stadtbezirksverbandes Fechenheim, Dieter Kunzler, und lud seine Mitglieder zu einer historischen Stadtbesichtigung ein. Der Rundgang begann im Historischen Museum, wobei sich die Blickrichtung vornehmlich auf die Altstadt – vor und nach der Zerstörung – richtete. Vorbei an den Ausgrabungen der Kaiserpfalz ging es zum Dom mit Besuch der Wahlkapelle. Ein Höhepunkt war der Rundgang durch das Dommuseum. Zunächst gab der kundige Stadtführer Dr. Wolfgang Bodenstedt einen allgemeinen Überblick. Am Beispiel des hochinteressanten Grabfunds eines Frankfurter Mädchens berichtete er äußerst spannend über die näheren Zusammenhänge und die seinerzeitigen Grabbeigaben, die im Bild sehr gut zu

sehen sind. Römerhöfchen, Limpurgsaal und Kaisersaal waren weitere Stationen. Dort gab Bodenstedt nicht nur den Fechenheimern, sondern auch den dort zufällig anwesenden fremden Touristen kompetenten deutschen Geschichtsunterricht. Kontrastreich wurde die Veranstaltung mit der Auffahrt zum Maintower und mit dem Blick über das

heutige, moderne Frankfurt abgeschlossen. Mit großer Freude verabschiedete dann der Vorsitzende, Dieter Kunzler (siehe kleines Bild), in 200 m Höhe die überaus zufriedenen Teilnehmer und freute sich besonders darüber, mal Einheimischen etwas geboten zu haben, was meist nur Frankfurt-Touristen erleben. (dk)



Die Besuchergruppe der CDU Fechenheim besichtigt archäologische Fundstücke. In der Bildmitte: Dr. Bodenstedt, der die Fechenheimer fachkundig durch die Innenstadt führte.

(In der Bildmitte:) Dieter Kunzler, Vorsitzender der CDU Fechenheim, mit seinen »Fechenheimern« über den Dächern Frankfurts.



Bilder: Kunzler

Die Besuchergruppe des CDA-Vorstands in Krakau.



Christlich-Demokratische Arbeitnehmerschaft (CDA):

CDA-Vorstand in der Partnerstadt Krakau

Mitglieder des CDA-Vorstands haben vom 29. Juni bis 3. Juli die Frankfurter Partnerstadt Krakau besucht. Nicht nur touristisches Programm stand auf der Tagesordnung, sondern auch Informationen zu politischen und sozialen Problembereichen. Die CDA-Vertreter trafen sich mit Stadtverordneten der »Bürgerlichen Plattform« und Repräsentanten der Stadtteilregierung Nowa Huta, um sich ein Bild von den Problemlagen in der ehemaligen Mustersiedlung des Sozialismus machen zu können. Nowa Huta war in den 50er Jahren entstanden; Wohnen und Arbeiten im riesigen Stahlkombinat sollten mitein-

ander verbunden werden. Mittlerweile gehört das Stahlwerk einem indischen Konzern, Arbeitsplätze sind massiv abgebaut worden. Welche Folgen dies für den selbstbewussten Stadtteil hatte (eine der Wurzeln des Widerstands gegen das kommunistische Regime war in Nowa Huta), konnte der CDA-Vorstand dann mit Mitarbeitern des Zentrums für soziale Integration diskutieren. Schließlich konnte die Diskussion auch mit Dr. Andrzej Cechnicki vertieft werden; er leitet die sozialpsychiatrische Klinik der Universität in Krakau und setzt die Tradition der polnischen gemeindenahen Psychiatrie fort. Er

berichtete anhand von Beispielen über die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit und der Transformation vom Sozialismus zur Marktwirtschaft auf die psychische Gesundheit seiner Patienten. Sein Fazit: Arbeitslosigkeit und ökonomische Unsicherheit führen zu einer Zunahme psychischer Erkrankungen. Neben der »Pflicht« standen bei heißem Sommerwetter auch kulturelle Ereignisse auf der Tagesordnung: moderner polnischer Jazz und, anlässlich der jüdischen Kulturwoche, ein Konzert mit Leopold Kozłowski und seinen Gästen in der Synagoga Tempel im alten jüdischen Viertel Kazimierz. (mz)

Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT):

Einige unbequeme Wahrheiten zur Reform der Pflegeversicherung

Die gesetzliche Pflegeversicherung steht vor dem Kollaps. Selbst bei guter Konjunktur reichen die Rücklagen über das Jahr 2009 nicht hinaus, obwohl die Leistungen der Pflegeversicherung seit ihrer Einführung im Jahr 1995 in den Pflegestufen I – III bis heute um keinen Cent erhöht worden sind. Die gesetzliche Pflegeversicherung, die auf dem Umlagesystem basiert, braucht jetzt frisches Geld. Wenn dann auch noch die Leistungen der Pflegeversicherung dynamisiert werden sollen, kommen wir um drastisch steigende Beiträge nicht herum. Die CDU und nahezu alle namhaften Wissenschaftler fordern deshalb die Einführung eines kapitalgedeckten Prämienmodells für die Pflegeversicherung.

In der Großen Koalition hatte man sich im Koalitionsvertrag auf eine Ergänzung des Umlageverfahrens durch kapitalgedeckte Elemente als Demografiereserve geeinigt. Trotz der klaren Abmachung im Koalitionspapier sieht der von Gesundheitsministerin Schmidt vorgelegte Entwurf zur Reform der Pflegeversicherung genau diese ergänzende kapitalgedeckte Demografiereserve aber nicht vor. Stattdessen ist ein fauler Kompromiss gefunden worden, wonach der Beitragssatz auf 2 Prozent erhöht werden soll und die Beitragserhöhung dadurch zu kompensieren ist, dass die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung um 0,3 Prozent gesenkt werden sollen. Angesichts der erkennbaren



Gute Pflege ist sehr wichtig, aber schon heute teuer – und wird in Zukunft noch mehr Anstrengungen erfordern.

demografischen Entwicklung und des drastischen Anstiegs der Zahl der Pflegefälle sowie der in Aussicht genommenen Erweiterung der Leistungen wird bei diesem Modell in drei bis vier Jahren erneut über die Anhebung der Pflegeversicherungsbeiträge zu entscheiden sein. Eine Demografiereserve wird bis dahin nicht aufgebaut. Das Gesetzgebungsvorhaben der SPD-Gesundheitsministerin Schmidt trägt daher als Verfallsdatum den Tag der nächsten Bundestagswahl. (jg)



Bildmitte, v.r.:
Kreisvorsitzender Udo Corts
und Alexander Schart am
LSU-Stand auf dem Christopher
Street Day 2007.

Lesben und Schwule in der Union (LSU):

Frankfurter LSU auf dem CSD 2007

Es ist die einzige Veranstaltung im Jahr, wo alle Parteien ihre Informationsstände auf engem Raum haben. Und es ist dieses eine Mal, wo alle das gleiche Ziel verfolgen: Keine Diskriminierung von Homosexuellen und die Vollendung des Lebenspartnerschaftsgesetzes; gleiche Rechte für gleiche Pflichten.

Wie schon in der Vergangenheit demonstrierte die Frankfurter LSU auch dieses Jahr auf dem Frankfurter Christopher Street Day (CSD), dass Homosexualität

und Mitgliedschaft in einer Partei, die sich dem christlichen Menschenbild verpflichtet hat, längst kein Widerspruch mehr sind. Und, was noch viel wichtiger ist, dass nicht nur die Besucher des Straßenfests die Arbeit der LSU mit Interesse honorieren, sondern dass auch die eigene Partei mehr und mehr anerkennt, welchen Beitrag die Organisation zum Bild einer toleranten und weltoffenen Großstadtpartei leistet. »Wir wissen, dass wir uns einen steinigen Weg ausgesucht haben«, sagte

Alexander Schart, der im September für weitere zwei Jahre als hessischer Landesvorsitzender wiedergewählt wurde, »und es freut uns ungemein, dass jedes Jahr mehr CDU-Politiker ihr Bild vom CSD ändern, unseren Stand auf dem Fest besuchen und uns auf unserem Weg motivieren und unterstützen.«

Nachtrag: Auf der letzten Jahreshauptversammlung der LSU wurden außerdem die Frankfurter Peter van Krüchten und Timo Görner in den Landesvorstand gewählt. (as)

JU Frankfurt Süd erfolgreich beim Schweizerstraßenfest

Auch dieses Jahr war die Junge Union Frankfurt Süd wieder mit ihrem traditionellen Bierstand zugunsten der Stiftung Leberecht beim Schweizerstraßenfest vertreten. Nachdem es wochenlang fast nur regnerisch war, meinte der Wettergott es gut mit der JU Süd und hat ihr, sowie den anderen Standbetreibern, das einzige schöne Wochenende im Juli beschert. Auch der Ablauf des Straßenfests war für das bestens eingespielte Team der JU Süd ein voller Erfolg. Die JU konnte 300 Euro zugunsten der Stiftung Leberecht erwirtschaften und außerdem noch eine Vielzahl junger Neumitglieder werben. Der Stand der Jungen Union ist speziell für die jüngeren Besucher des Fests mittlerweile einer der beliebtesten Anlaufpunkte. »Es macht zum einen großen Spaß, mit der ganzen Mannschaft so einen Wagen zu betreiben und dabei noch etwas für einen guten Zweck zu tun. Außerdem gibt es keine bessere Gelegenheit, junge Leute für Politik zu interessieren«, so der JU-Süd-Vorsitzende Tobias Daubert. »Der Stand ist für uns und das Straßenfest eine feste Tradition«, sagte Daubert weiter,



Das eingespielte Team der JU Süd auf dem Schweizerstraßenfest.

»inzwischen bekomme ich auch von JU'lern außerhalb Frankfurts regelmäßig Anfragen, ob wir wieder einen Stand auf dem Straßenfest machen. Wir freuen uns schon jetzt auf das nächsten Schweizerstraßenfest und natürlich auch wieder auf einen Besuch unserer OB Petra Roth, die das Fest dann hoffentlich wieder eröffnet.« (td)

Hart im Nehmen und unbeeindruckt von Störversuchen: Mitglieder der JU Frankfurt und JU Hessen demonstrieren vor dem »Vereinigungsparteitag« von PDS und WASG. Rechts vorn im Bild: Wolff Holtz, Vorsitzender der JU Frankfurt



Junge Union Frankfurt:

Deutliches Zeichen gegen Extremisten

Der Vereinigungsparteitag der SED/PDS und der WASG im Bürgerhaus Bornheim rief die JU Hessen und die JU Frankfurt am Main zu einer gemeinsamen Aktion auf den Plan. Ziel war es zum einen, gegen das Vergessen bezüglich der ehemaligen Kaderpartei SED, aber auch gegen den gefährlichen linken Populismus der neuen Linkspartei zu demonstrieren. Über 100 JU'ler fanden sich vor dem Parteitag der »roten Rattenfänger«, wie auf einem Transparent der JU Frankfurt zu lesen war, ein.

Wie weit die Sympathien für die – nicht ohne Grund vom Verfassungsschutz beobachtete – Linke ins klar verfassungsfeindliche Lager reichen, zeigte sich mehr als deutlich, als sich der sogenannte »schwarze Block« vermummt zur Gegendemonstration aufzubauen versuchte. Ohne jeden Versuch der Distanzierung

stellten sich Landes- und Kommunalpolitiker der SED/PDS/Linke vor diese erklärt verfassungsfeindlichen Subjekte. Gemeinsam versuchten die Verfassungsfeinde dann mit Megafonen und Geschrei die Rede des JU-Landesvorsitzenden, Peter Tauber, zu stören. Die JU ließ sich aber nicht unnötig provozieren, »uns ging es darum, ein klares Statement, ein deutliches Zeichen gegen diese dumpfen, gefährlichen Populisten zu setzen. Wir haben gegen die Nazis getan, was wir konnten, und werden gegen die Linksextremen angehen, das ist mir und allen JU'lern ein ernsthaftes Anliegen«, so der JU-Kreisvorsitzende Wolff Holtz. Zum Abschluss der Kundgebung sang die JU das Deutschlandlied und übertönte damit deutlich jeden Versuch der Linken, mit sozialistischen Liedern zu stören. (uh)

Junge Union bei DGB-Diskussion zu Mindestlohn, Arbeitslosigkeit und Bildungspolitik

Zu einer Podiumsdiskussion zum Thema »Mindestlohn« trafen sich im DGB-Haus Vertreter der Gewerkschaft, der SED/PDS/Linke, der JUSOS und der JU-Kreisvorsitzende Wolff Holtz. Schon zu Beginn der teils hitzig geführten Diskussion machte Holtz deutlich, dass er es begrüßen würde, wenn jeder Arbeitnehmer mindestens 7,50 Euro und mehr verdienen würde. Allerdings gebe es, gerade vor dem Hintergrund der großen Anzahl gering qualifizierter Arbeitsloser, neben einigen Chancen, die ein gesetzlich verordneter Mindestlohn habe, auch viele Risiken bez. der Arbeitslosenzahlen im unteren Lohnsegment. Holtz betonte, dass er

prinzipiell nichts von einer verkürzten Diskussion zu dem Thema halte, ohne die anderen damit in Verbindung stehenden Aspekte ebenfalls zu debattieren. Man dürfe ein solches Thema nicht losgelöst von wirtschaft-



licher Entwicklung, Arbeitslosigkeit und Bildungsmisere betrachten, so der JU-Kreisvorsitzende. Entsprechend legte er in der Diskussion einen Schwerpunkt auf das Thema Bildung. Da Bildung unbestritten der einzige Rohstoff sei, den Deutschland immer habe, hänge von diesem Faktor der volkswirtschaftliche Wohlstand maßgeblich ab. Dennoch würden jährlich über 80.000 Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen und strömten auf den ohnehin schon großen Arbeitsmarkt für gering qualifizierte Arbeitnehmer. Auf der anderen Seite fehlten jährlich 20.000 Ingenieure und die Nachfrage nach Akademikern steige jedes Jahr um über 30 Prozent. Ziel müsse es sein, das krasse Missverhältnis von Sozialausgaben (27 Mrd. Euro) zu Ausgaben für Bildung (5,4 Mrd. Euro) durch eine Neuausrichtung der Bildungspolitik umzukehren. Die CDU Hessen habe mit ihrer aktuellen Bildungsoffensive bereits den richtigen Weg eingeschlagen, der konsequent weiterverfolgt werden müsse. (wh)

JU-Vorsitzender Wolff Holtz auf dem Podium (rechts im Bild).

Junge Union Frankfurt West:

Besuch der Feuer- und Rettungswache Frankfurt

Einmal mehr informierte sich die JU West mit der Besichtigung des Brandschutz-, Katastrophenschutz- und Rettungsdienstzentrums der Stadt Frankfurt am Main (BKRZ) über eine bedeutende Institution in der Region. 2003 wurde das BKRZ im Stadtteil Eckenheim in Betrieb genommen. Neben der Bereichsleitungswache 1 sind in der Feuer- und Rettungswache noch die Verwaltung der Branddirektion, Werkstätten, Unterrichtsräume sowie ein Sport- und Übungsgelände untergebracht. Außerdem befindet sich hier seit 2005 auch die Leitfunkstelle, von der aus der Rettungsdienst wie auch die Feuerwehr zentral für

Frankfurt geleitet werden. Zusammen mit dem Dezernenten für das Feuerwehrwesen der Stadt Frankfurt, Boris Rhein, sowie dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Frankfurter Römer, Markus Frank, besichtigten die JU'ler die hochmoderne Wache. Nach der Begrüßung durch den Feuerwehrdezernenten schaute sich die Besuchergruppe neben dem Fuhrpark auch die technischen Betriebsräume und die Leitfunkstelle der Wache an und konnte so einen Blick hinter die Kulissen einer modernen Großstadtfeuerwehr werfen. Dabei erfuhren die JU'ler, dass in der Berufsfeuerwehr zurzeit etwa 850 Feuerwehrleute in vier



JU-West-Vorsitzender Stefan Köhler (im blauen Hemd) mit Stadtrat Boris Rhein (links vorn im Bild) und Markus Frank, Vorsitzender der CDU-Stadtverordnetenfraktion (rechts vorn im Bild).

großen Feuer- und Rettungswachen sowie in fünf kleineren Wachen und einer Außenstelle im Einsatz sind. Absolutes Highlight der Besichtigung war jedoch die Möglichkeit, mit einem Leiterwagen einen Blick über Frankfurt werfen zu können. In 30 Metern Höhe hatten die JU'ler einen tollen Ausblick. Bei einem Snack konnten sich die Teilnehmer zum Abschluss noch angeregt mit den Feuerwehrleuten über ihre Arbeit unterhalten. (sk)

Senioren Union:

Pflegeheime dürfen nicht kaputt geredet werden

Vor falschen Konsequenzen aus dem Bericht des Medizinischen Diensts der Pflegekassen über Mängel in der ambulanten Pflege und in Pflegeheimen warnt der Vorsitzende der Frankfurter Senioren Union der CDU, Stadtrat Christof Warnke. Zu Unrecht würden ambulante Dienste und Pflegeheime durch den Bericht pauschal an den Pranger gestellt. »Die Pflegekassen sollten sich mal an die eigene Nase fassen und überprüfen, ob sie mit ihren Minutenvorgaben für die Pflege, mit einem zu knappen, aufgezwungenen Personalschlüssel und einem Übermaß an Bürokratie nicht selbst wesentlich zu den Missständen beitragen, die der Medizinische Dienst feststellt«, meint Warnke. Es fehle den Pflegeheimen auch nicht an Kontrolle und Transparenz. Außer dem Medizinischen Dienst kontrollierten

auch die Heimaufsicht, die Angehörigen und die Hausärzte der Heimbewohner deren Pflege. In sehr vielen Häusern machten darüber hinaus Ehrenamtliche regelmäßig Besuche und bekämen dabei Einblick in die Qualität



ihres Pflegeheims. »Die Pflegekassen tragen auch eine Verantwortung dafür, dass ambulante Pflegedienste und -heime nicht kaputt geredet werden«, mahnt der Vorsitzende der Senioren Union, der auch dem Frankfurter Seniorenbeirat vorsteht. Pflegeheime und ambulante Pflegedienste würden angesichts der demografischen Entwicklung sowie der immer kürzeren Verweildauer in den Krankenhäusern mehr denn je gebraucht und könnten auch nicht durch neue Wohnformen im Alter ersetzt werden. Statt mehr Kontrolle verdienten sie verstärkt finanzielle und personelle Mittel. (cw)

Wahr ist:
Gute Pflege ist nicht einfach und teuer.
Dennoch ist gute Pflege keine Ausnahme.

Senioren Union: Das ganz Normale tun

Veranstaltung über Widerstandsräume in der DDR-Kirche

Man hätte eine Stecknadel fallen hören. So still war es beim Vortrag von Pfarrerin Christa Sengespeick-Roos bei der Frankfurter Senioren Union in diesem September. Von 1982 bis 1989 war sie Seelsorgerin in der Evangelischen Auferstehungsgemeinde in Berlin-Friedrichshain. Ihre Stasiakte umfasst über 3.000 Seiten. Mehr als 20 Stasi-IM waren auf sie angesetzt. Sengespeick-Roos, die heute in der Evangelischen Andreaskirche in Eschersheim wirkt, hat dabei das getan, was zu den ganz normalen Tätigkeiten einer Pfarrerin gehört: Sie war die Seelsorgerin vieler Menschen, die sich in ihren Nöten an sie gewandt haben, darunter nicht wenige ohne jeglichen christlichen Hintergrund. Als Ulrike Poppe und Bärbel Boley 1983 in Ostberlin verhaftet wurden, nahm sich Pfarrerin Sengespeick-Roos vor, wenn die beiden Frauen wieder freikommen, einen Gottesdienst nach dem in



Eine Ausnahmereise: Pfarrerin Sengespeick-Roos während ihres Vortrags bei der Frankfurter Senioren Union.

Köln entwickelten Vorbild als »Politisches Nachtgebet« zu feiern. Ganz überraschend führte die Pfarrerin durch Katja Havemann von der Freilassung Boleys. Die Freude war groß. Und im Mai 1984 sollte in der Auferstehungskirche das erste »Politische Nachtgebet« stattfinden. Eine Frauengruppe bereitete den

Gottesdienst vor, der trotz Vorladungen und Einschüchterungsversuchen mit über 500 Teilnehmern in der Auferstehungskirche stattfand. Weitere »Politische Nachtgebete« folgten. Die Frauen taten in dem Gottesdienst etwas, das schon im Alten Testament bezeugt ist: Sie trugen laut ihre Klagen vor. Das bereits war für das DDR-Regime gefährlich. Die Frauen wurden nicht nur von der Stasi gründlich bespitzelt, sondern auch stundenlang zur Einschüchterung in dem berühmten Ostberliner Präsidium der Volkspolizei in der Keibelstraße verhört – so auch Pfarrerin Sengespeick-Roos. Über das Erlebte hat sie ein beeindruckendes Buch geschrieben, aus dem sie den 100 gespannt zuhörenden Senioren im Haus Ronneburg einige Abschnitte vortrug. Der Titel des Buches: »Das ganz Normale tun – Widerstandsräume in der DDR-Kirche«. (cw)

Evangelischer Arbeitskreis (EAK): Der EAK geht online

Hier erfahren Sie mehr über uns:
Wer wir sind – was wir wollen – wie Sie uns erreichen

Aber Christen stehen nicht für sich allein. Sie leben in kirchlicher oder freireligiöser Gemeinschaft. Darum hat unser Webmaster, Herr Sack, einiges geleistet. Durch die ehrenamtliche Gestaltung des Internetauftritts hat er seine Stärke in den Dienst der Partei, aber auch seiner Kirchengemeinde und u. a. der Abrahams Herberge gestellt. So nahm er auch – soweit bekannt – Hinweise zu einzelnen Kirchengemeinden auf und zur Evangelischen Stadtakademie, die nach ihrem Umzug zur Paulsgemeinde am Römer zentral zu erreichen ist: »Römer 9«. Besuchen Sie doch mal unsere Website: Sie erreichen uns direkt (www.eak-ffm.de) oder als »Link« über die CDU und ihre Vereinigungen oder über den EAK Hessen, hier ist der EAK Frankfurt am Main über »Kreisverbände« zu finden.

Persönlich können wir uns bei der nächsten öffentlichen Veranstaltung des EAK wieder einmal begegnen: Im Spenerhaus, Raum 1 am 20. November um 18.30 Uhr mit Pröpstin Gabriele Scherle. Eine schriftliche Einladung folgt per Post. (hw)



Der Vorstand des Frankfurter EAK mit Pröpstin Gabriele Scherle. Im Bildvordergrund (v.r.) Pröpstin Gabriele Scherle, Vorsitzende Hella Welker, Thomas Kirchner. In der zweiten Reihe (v.r.) Walter Fix, Dr. Klaus Christian Maier, Ulrich Caspar MdL und Bernhard Klinzing.



V.l.: Ein besonderer Augenblick: Hella Welker übergibt Barbara Henke symbolisch den »Leitfaden« für die politische Basisarbeit.

Fachausschuss Bildung:

Übergang der Leitung des Fachausschusses Bildung

Hella Welker gab die Schulpolitik nach ca. 30-jährigem Engagement in jüngere Hände: Auf ihren Vorschlag beschloss der Kreisvorstand, die Leitung des Fachausschusses Bildung Frau Barbara Henke zu übertragen. In einer Sitzung mit Teilnehmern aus Politik (Landtag: etwa Ulrich Caspar MdL und Stadtverordneten), Vertretern verschiedener Grund-, Real- und Gesamtschulen, des Kultusministeriums und uns nahe stehenden langjährigen Mitstreitern nahm die neue Lei-

terin des Fachausschusses, Barbara Henke, am 17. September 2007 ihre Arbeit auf. Frau Welker stellte die Teilnehmer vor, dankte ihnen für ihr bisheriges Mitwirken und erläuterte den Wechsel. Dann übergab sie ihrer Nachfolgerin wichtige Unterlagen und verwies auf die Darstellungen der Schulen im Internet. Frau Henke (43) leitete die Sitzung und berichtete vom Landesfachausschuss, an dem sie teilgenommen hatte, und über ihre ersten Kontakte zur Kultusministerin. Dann

wurde die Situation der Frankfurter Schulen aus Schulleitungs- und Elternsicht angesprochen. Die offene Diskussion bestätigte die Kompetenz der neuen Leiterin. Auf die Veranstaltung mit dem Landtagsabgeordneten Hans-Jürgen Irmer wurde hingewiesen und die künftige Arbeitsweise erörtert. Für Nachfragen steht Frau Welker wie auch einst ihr Vorgänger, Gerhard Ley, noch zur Verfügung, wird dem Ausschuss aber nicht mehr angehören. Frau Henke, Diplom-Volkswirtin, ist Mutter von zwei Kindern und gehört als Grundschulvertreterin dem Stadtteilernbeirat als stellvertretende Vorsitzende an. Außerdem ist sie Klassenelternbeirätin an einem Frankfurter Gymnasium. Ferner hat sie sich auch politisch mit dem Thema »Lebenslanges Lernen« befasst. (hw)

Fachausschuss Wirtschaft und Technik:

Besuch der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« (FAZ)

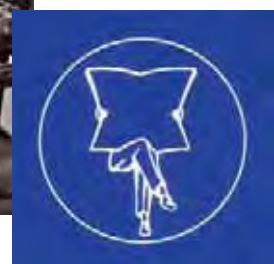
Am 10. September besuchte der Fachausschuss die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« – schließlich wollten wir »die klugen Köpfe, die dahinterstecken« kennenlernen. Redakteur Günter Lerch führte uns zuerst über einen Imagefilm von der Vergangenheit bis in die heutige Zeit. Der Film zeigte uns die Entwicklung der Zeitung von der ersten Ausgabe 1949 bis heute. Wir konnten feststellen, dass Layout und Typografie im Laufe der Zeit kontinuierlich modifiziert wurden, was wohl auch weiterhin geschehen wird. Um auch jugendliche Leser zu gewinnen, soll ein moderner Auftritt einfließen. Das Format blieb bis heute das gleiche und soll auch so bleiben. Herr Lerch gab uns bereitwillig Auskunft: Es gibt 240 Redakteure, unterstützt werden diese durch eigene Korrespondenten und durch Zugriff auf internationale Presseagenturen. Zudem verfügt die

FAZ über ein riesiges Archiv. Insgesamt hat der Verlag 900 Beschäftigte. Die Redaktionen sind täglich von 10.00 bis 18.00 Uhr besetzt, jeder Artikel wird gegengelesen. Eine »Denkfabrik«

bestehend aus Redakteuren ist für Kommentare und für Manöverkritik zuständig. Die FAZ ist eine Stiftung und schreibt schwarze Zahlen – man hat die harten Zeiten von vor drei Jahren, als durch die Rezession viele Verlage ins Strudeln gerieten, gut überstanden. Es gibt drei Druckzentren: Frankfurt (Mörfelden-Walldorf), Potsdam und München. Durch diese verschiedenen Druckorte können die Exemplare sehr schnell über den eigenen Vertrieb täglich in 140 Länder verteilt werden. Hinter all dem steckt ein ausgeklügeltes System, so bekommen wir pünktlich jeden Morgen die FAZ auf den Tisch. Es stecken wirklich viele kluge Köpfe dahinter. (cs)



Eine beeindruckende Kulisse: Die Druckerei der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung«.





Aus der Fraktion

Ein neuer Mittelpunkt für Frankfurt am Main

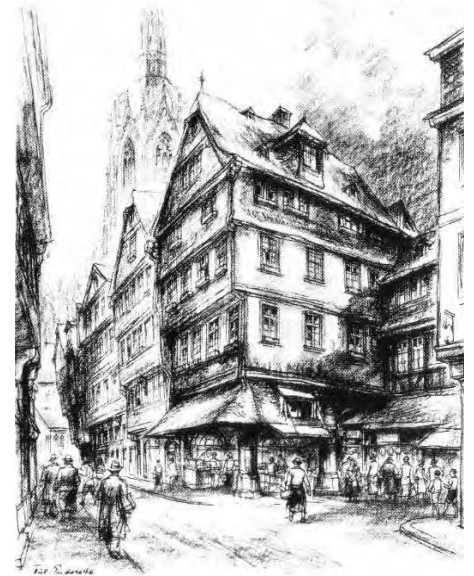
Altstadt wird für über 100 Millionen Euro wieder aufgebaut – zum Teil originalgetreu

Frankfurt erhält einen neuen Mittelpunkt. Das hat die Frankfurter Stadtverordnetenversammlung am 6. September mit großer Mehrheit beschlossen. Damit wird die Frankfurter Altstadt zwischen dem 600 Jahre alten Rathaus »Römer« und dem Kaiserdom in Teilen rekonstruiert und wieder aufgebaut.

Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) freut sich über den Beschluss: »Frankfurts alte Mitte wird wieder lebendig und lädt nach über 60 Jahren wieder zum Leben und Wohlfühlen ein. Damit besinnt sich Frankfurt einmal mehr seiner bedeutenden Geschichte und heilt gleichzeitig eine der erkennbarsten städtebaulichen Fehlentwicklungen nach dem Zweiten Weltkrieg im Herzen dieser Stadt. Die neue Altstadt wird die Stadt international zu einem Anziehungspunkt machen.«

Zwei Jahre lang wurde in der Stadt engagiert über den Wiederaufbau diskutiert – wie weit kann der historische Stadtgrundriss

wieder hergestellt werden? Sollten die Altstadthäuser historisch getreu entstehen oder kann sich die Rekonstruktion nur auf einzelne Bauwerke beschränken? Was passiert mit dem »Archäologischen Garten« zu Füßen des Kaiserdoms, in dem mittelalterliche und sogar römische Reste freigelegt wurden – und wie soll mit der Tiefgarage, die unter dem Areal liegt, verfahren werden? Der Stadtverordneten-Sonderausschuss Dom-Römer entschied Anfang 2006, dass eine Planungswerkstatt durchgeführt wird, um eine möglichst breite Bürgerbeteiligung sicherzustellen. Diese Planungswerkstatt, an der etwa 60 Bürgerinnen und Bürger mit-



Wird rekonstruiert: Das »Rote Haus« von 1322, einst Zunfthaus der Metzger. Zeichnung: Richard Enders

gewirkt haben, wurde vom Magistrat Anfang Oktober 2006 durchgeführt und die Teilnehmer haben Empfehlungen für die weitere Planung entwickelt. Im Dezember 2006 schloss sich eine Folgeveranstaltung der Planungswerkstatt an, in der die überarbeitete Planung zur Diskussion gestellt wurde.

Die Stadtverordnetenversammlung hat nun entschieden. Auf 6.000 Quadratmetern, die durch den Abriss des zu Beginn der 70er Jahre gegen den Widerstand der CDU gebauten Technischen Rathauses frei werden, wird neu gebaut. Bis 2013 sollen auf diesem Areal rund 30 Häuser neu entstehen. Die ehemaligen Altstadthäuser Goldene Waage und Rotes Haus sowie die komplette Zeile »Hinter dem Lämmchen« mit den Häusern Junger und Alter Esslinger, Goldenes Lämmchen und Klein Nürnberg werden möglichst originalgetreu rekonstruiert. Im Stadtverordnetenbeschluss heißt es dazu: »Das Haus »Zur Goldenen Waage« ist ein Beispiel für ein reich ausgestattetes Bürgerhaus der Renaissance. Durch die Nutzung als Außenstelle des Historischen Museums ist dieses Gebäude mit seinem Belvedere besonders im Gedächtnis der Frankfurter haften geblieben.

Gemeinsame Planungspolitik für die Altstadt: Die CDU-Stadtverordneten Alexandra Prinzessin von Hannover und Klaus Vowinckel im Gespräch mit Ulrich Baier (Die Grünen im Römer, im Bild links).



Bild: Klein



Kartengrundlage: Dezernat IV

Das »Rote Haus« ist ein beispielhaftes Gebäude der Gotik. Besonders hervorzuheben ist hierbei die offene Halle als Durchgang zum Tuchgaden. Das kleine Plätzchen vor dem Haus gekoppelt mit den Metzgerständen ist tief im Bewusstsein der Frankfurter Bevölkerung und der Besucher eingepreßt.

Das Haus »Goldenes Lämmchen« bildete zusammen mit den dahinter liegenden Gebäuden einen dreiseitigen Hof, der typisch für die spätmittelalterlichen Messehöfe war. Die Holzgalerien am Seitengebäude und am Gebäude an der Braubachstraße erzielten eine malerische Wirkung. Nachdem der nördliche Teil des Hofes beim Durchbruch der Braubachstraße niedergelegt war, schloss man den Hof sensibel durch die Aufnahme vorgefundener Bauteile wie der Holzgalerien und integrierte sie in den eklektischen Neubau. Der Wiederaufbau soll neben dem Haus »Goldenes Lämmchen« und dem Seitengebäude auch die Hoffassaden des Gebäudes an der Braubachstraße mit den Galerien umfassen.

Das Haus »Esslinger« gehörte zu den »Goethe-Orten« Frankfurts. Während des Umbaus des Elternhauses am »Großen Hirschgraben« verbrachte der Dichter zwei Jahre am »Hühnermarkt« bei Tante Melber. Frau Ajas Schwester hatte den Materialhändler Georg Adolf Melber geheiratet, der das Haus im Ge-

schmack des Spätbarocks umbauen ließ. Der Dichter gedenkt seiner Zeit am Hühnermarkt in Dichtung und Wahrheit. Das Stoltze-Denkmal soll wieder an historischer Stelle auf dem Hühnermarkt errichtet werden. Von dem Haus »Klein Nürnberg« liegen nur die Skizzen der Brüder Treuner vor, so dass lediglich die Fassade annähernd rekonstruiert werden kann.

Die Rekonstruktion des Hauses »Großer Rebstock« soll zusätzlich erfolgen, wenn eine sinnvolle Lösung für die Tiefgarageneinfahrt gefunden ist. Zu dem von der SPD-Fraktion eingebrachten Vorschlag, den kompletten Hühnermarkt wiederaufzubauen, sagte der Sprecher der CDU-Fraktion im Dom-Römer-Ausschuss, Jochem Heumann: »Wir sind auch offen dafür, dass sich die Bauherren für weitere »echte« Rekonstruktionen entscheiden. Damit wird ermöglicht, dass neben bereits festgeschriebenen Häusern weitere, gegebenenfalls auch am Hühnermarkt befindliche, Häuser original wiederaufgebaut werden können.«

Die Fassaden aller Häuser müssen sich an historischen Merkmalen orientieren. So sind grundsätzlich nur stehende Fensterformate zu verwenden, die Erdgeschosse müssen höher und anders gestaltet sein als die übrigen Geschosse – und jedes Haus soll einen repräsentativen Eingang erhalten und sich insgesamt von seinem Nachbarbau deutlich unterscheiden.

Für den Bereich des Archäologischen Gartens und angrenzend an das »Haus am Dom« wird unter Maßgabe der Rekonstruktion der beiden Altstadt Häuser Goldene Waage und Rotes Haus ein weitergehender eigenständiger Wettbewerb durchgeführt. Ein Kriterium dieses Wettbewerbs ist eine dem historisch bedeutsamen Ort angemessene kulturelle Nutzung. Für den Erhalt der Charakteristik der ehemaligen Altstadt wird es eine verbindliche Gestaltungssatzung geben. Die öffentlichen Straßen und Plätze werden entsprechend dem Vorkriegszustand mit Natursteinpflaster ausgestaltet.

Das neue Altstadtquartier wird Leben in die Altstadt zurückbringen – hier entstehen neue Wohnungen, in die Erdgeschosse sollen kleine Läden, Gewerbe- und Gastronomiebetriebe einziehen, die durch ein Quartiersmanagement bewirtschaftet werden. Auch die Geländehöhen gleichen sich wieder an den Vorkriegszustand an – die obere Etage der Römer-Tiefgarage wird abgebrochen und dadurch die leichte Anhöhe vor der Kunsthalle Schirn auf das Niveau von Römerberg und Domplatz abgesenkt. Somit kann der alte »Markt« zwischen Dom und Römer, auch als »Krönungsweg bezeichnet«, wieder »barrierefrei« begangen werden.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Frankfurter Altstadt, die wohl zu den eindrucksvollsten in Europa zählte, zerstört. In der Nachkriegszeit wandte sich die Frankfurter Stadtplanung der Moderne zu und ließ den Bereich zwischen Römer und Dom unbaut. Erst in den 80er Jahren wurde durch die Rekonstruktion der »Ostzeile« unter Oberbürgermeister Dr. Walter Wallmann (CDU) ein Teil des untergegangenen Frankfurts wieder errichtet. Der für 2009 avisierte Abriss des Technischen Rathauses macht den Platz für die »neue« Altstadt frei. (jr)

Wir wollen gemeinsam den Erfolg für unsere Stadt

CDU-Fraktionschef Markus Frank über Schwarz-Grün und das Profil der Union

Seit 13. Juli 2007 steht Markus Frank an der Spitze der CDU-Fraktion. Gemeinsam mit seinem grünen Amtskollegen Olaf Cunitz hält er seitdem die schwarz-grüne Koalition in der Stadtverordnetenversammlung auf Kurs. Im Gespräch mit dem Frankfurt-Magazin zieht der 38-jährige gebürtige Frankfurter, der im Stadtteil Sindlingen zu Hause ist und als selbständiger Kfz-Meister auch Chef eines mittelständischen Unternehmens ist, nach über einem Jahr Schwarz-Grün eine Zwischenbilanz.



Herr Frank, vermissen Sie lupenreine CDU-Politik oder anders gefragt: Ist das Amt des CDU-Fraktionschefs in einer Koalition mit den Grünen nicht eine undankbare Aufgabe?

Frank: Mir wäre eine lupenreine CDU-Politik am liebsten, aber wir wissen auch, dass wir für unsere Ziele eine parlamentarische Mehrheit brauchen. Das macht es zu einer spannenden Aufgabe, weil wir mit den 34 Mitgliedern der CDU-Fraktion eine hoch motivierte und ideenreiche Fraktion haben. Meine Aufgabe ist es, die Wünsche und Anregungen zu verstärken und die Verhandlungen mit den Grünen zu führen. Am Ende muss natürlich so viel CDU-Profil wie möglich sichtbar werden. Gemeinsam mit den Grünen haben wir, dass wir den Erfolg für unsere Stadt wollen.

Welche Erfolgskurve würden Sie beschreiben?

Frank: Wir haben 2006 einen guten Koalitionsvertrag beschlossen und die SPD-Stadträte abgewählt. Die hauptamtlichen CDU-Stadträte Uwe Becker, Daniela Birkenfeld, Boris Rhein, Edwin Schwarz und Felix Semmelroth leisten sehr gute Arbeit. Oberbürgermeisterin Petra Roth ist im Januar eindrucksvoll wiedergewählt worden. Zusammen mit den Grünen haben wir den Haushalt 2007 beschlossen, den der Innenminister als Kommunalaufsicht in diesen Wochen genehmigt hat, verbunden mit einem ausdrücklichen Lob für die Konsolidierungsleistungen der Stadt. Zusammen mit den

Grünen haben wir Projekte beschlossen, die im alten Viererbündnis nicht möglich waren. Nur drei Beispiele: Von der Senkung des Gewerbesteuerhebesatzes von 490 auf 460 Punkte profitieren rund 8.500 Frankfurter Betriebe und damit auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Wir haben jedes Jahr 8 Millionen Euro für die Schulsanierung draufgesetzt, um Frankfurt als Bildungsstandort auszubauen. Und wir haben gerade im September den Jahrhundertbeschluss zum Wiederaufbau der Altstadt gefasst.



Ein großer Schwerpunkt der hessischen CDU im bevorstehenden Landtagswahlkampf ist die Sicherheitspolitik. Welche Leistungen kann Schwarz-Grün in Frankfurt hier vorweisen?

Frank: Unsere Sicherheitspolitik in Frankfurt kann sich sehen lassen. Bis zum Ende des Jahres werden 90 Freiwillige Polizeihelfer im Einsatz sein. Wir haben den Freiwilligen Polizeidienst nach harten Verhandlungen bei den Grünen und auch gegen die Bedenken in

der FDP durchgesetzt. Unser Sicherheitsdezernent Boris Rhein hat für eine schnelle Umsetzung des Projekts gesorgt. Ebenso hat Stadtrat Rhein den Umbau des Sicherheits- und Ordnungsdienstes zur Stadtpolizei vollzogen, die Zusammenarbeit der Stadt mit den Freiwilligen Feuerwehren und technischen Hilfsdiensten intensiviert und im Kampf gegen die in den Stadtteilen nicht beliebten Wettbüros Erfolge erzielt. Ende Oktober wird Stadtrat Rhein in Form einer Bürgerversammlung im Römer eine erste Bilanz ziehen und das neue integrierte Sicherheitskonzept der Stadt vorstellen.

Welchen Themen wendet sich die CDU-Fraktion als Nächstes zu?

Frank: Ein besonderer Schwerpunkt wird die Wirtschaftspolitik sein. Im Verbund mit den ausgezeichneten Standortvorteilen Frankfurts – denken Sie an den Flughafen und die Messe – bringt nur eine gute Wirtschaftspolitik zusätzliche Arbeitsplätze in die Stadt. Das sieht auch die Oberbürgermeisterin so, und deshalb hat sie die Zuständigkeiten im Magistrat verändert. Wir brauchen in Frankfurt eine aktivere Wirtschaftsförderung, die Firmen berät und mit den anderen Institutionen der Stadt unbürokratisch und schnell zusammenbringt.

Interview: Joachim Rotberg

Von »Klein-Amerika« zur modernen Flughafenstadt

CDU-Fraktion informierte sich über das Baugebiet »Gateway Gardens«

Die CDU-Fraktion, angeführt von ihrem Vorsitzenden Markus Frank, hat sich im Rahmen einer Gelände- und Baustellenbesichtigung am 6. August 2007 über die aktuellen und zukünftigen Bauvorhaben in »Gateway Gardens« informiert. Rund 1,6 Milliarden Euro sollen nach konservativer Schätzung von Peter Neumann, Geschäftsführer der Projektentwicklungsgesellschaft OFB, auf dem 35 Hektar großen Gelände investiert werden.

Direkt am Frankfurter Kreuz gelegen, war »Gateway Gardens« mit rund 2.500 Einwohnern eine der größten US-Militärsiedlungen, ein »Klein-Amerika«, eine Stadt für sich, in der sich Soldaten der Air Force fernab der Heimat wie zu Hause in den Vereinigten Staaten fühlen sollten.

Mit dem Auszug der US-Streitkräfte Ende 2005 und der damit einhergehenden Rückführung der Fläche an die Stadt Frankfurt am Main ergab sich die Chance einer neuen, der Lage und Qualität des Areals angemessenen Erschließung. So entsteht bis 2016 eine neue »Stadt in der Stadt« mit



Auf der Baustelle: CDU-Fraktionschef Markus Frank (Mitte) mit OFB-Geschäftsführer Peter Neumann (2.v.l.).



Richtfest bereits gefeiert: Auf einem 55.000 qm großen Grundstück entsteht derzeit die neue Flugküche der Lufthansa. LSG Sky Chefs ist der weltweit größte Airline-Caterer und beliefert aus nahezu 190 Betrieben rund 270 internationale Fluggesellschaften mit Borddienstleistungen.



Simulation: BCC

Gateway Gardens 2016: So könnte die neue Flughafenstadt aussehen.

Hotel- und Büroflächen, Einzelhandel, Gastronomie und Wellnessangeboten sowie einer zentralen Parkanlage. Vorgesehen sind mindestens 15.000 Arbeitsplätze.

Entwicklungsträger ist die Gateway Gardens Projektentwicklungs GmbH, an der die Stadt Frankfurt am Main zu 50 Prozent beteiligt ist. Die Immobilienprojekte werden im Rahmen des von den Stadtverordneten beschlossenen Bebauungsplanes realisiert. Bereits im Mai 2007 feierte LSG Sky Chefs, die Catering-Tochter der Lufthansa, das Richtfest für ihre neue Produktionsstätte, die im Mai 2008 in Betrieb gehen soll. Ebenfalls im kommenden Jahr soll die Bebauung für das »Quartier Alpha« mit sechs Büro- und Hotelgebäuden starten.

Gegenwärtig berät die Stadtverordnetenversammlung eine neue S-Bahn-Gleisstrasse mit einem neuen Haltepunkt »Gateway Gardens«. Damit wird für die Entwicklungsfläche ein leistungsfähiges und

hochwertiges Verkehrsmittel bereitgestellt. Die Frequenz dieser Station wird sich auf rund 14.000 Fahrgäste pro Tag belaufen. Die neu zu bauende Trasse auf einer Gesamtlänge von 3,8 km – davon 2,0 km im Tunnel – schließt im Bereich eines Grundstückes der Fraport AG an den vorhandenen Tunnel zur Station »Flughafen Regionalbahnhof« an. Die Trasse unterquert im Folgenden die Kapitän-Lehmann-Straße, unterfährt »Gateway Gardens«, unterquert die A 5 nördlich des Frankfurter Kreuzes, verläuft im Stadtwald parallel zur A 5 und schließt westlich der Station »Stadion« an die vorhandene S-Bahn-Strecke an. Die heute vierspurige Brücke über die A 5 kann auf zwei Gleise zurückgenommen werden. Von Vorteil für den Grünflächenbestand ist die so mögliche Renaturierung der heute weiter westlich verlaufenden Trasse. (jr)

Web-Tipp

» www.gateway-gardens.de



Dem Frankfurter Zoo eine Zukunft geben

CDU-Fraktion informierte sich über den Neuanfang im Tierpark/ Richtfest des »Borgori-Walds«

Der 1858 von Bürgern für Bürger gegründete Frankfurter Zoo ist der zweitälteste Tierpark Deutschlands. Seit 1915 im Besitz der Stadt, ist er untrennbar verbunden mit seinem langjährigen Direktor Prof. Dr. Bernhard Grzimek (1909–1987), dessen Tatkraft den durch einen Bombenvolltreffer total zerstörten Zoologischen Garten nach dem Zweiten Weltkrieg vor der drohenden Schließung bewahrte.

Als Schutzraum für Tiere, als Stätte der Erholung mit einer attraktiven Lage nahe der Innenstadt und als Lernort etwa für Schulklassen vermittelt der Zoo Begegnungen mit Tieren, die Jung und Alt eine tiefere Kenntnis der Natur und der Artenvielfalt unseres Planeten ermöglichen. Attraktionen sind zum Beispiel der Katzenschungle, das Exotarium, die Flamingolagune oder das Giraffenhäus.

Aktuell steht der Zoo vor einem grundlegenden Neuanfang. Die CDU-Fraktion hat sich am 1. August 2007, geführt von Kulturdezernent Prof. Dr. Felix Semmelroth (CDU) und vom stellvertretenden Zoo-Direktor Rudolf Wicker, an Ort und Stelle ein Bild gemacht. Bärenhäus, Seehundbecken, Flusspferdgehege, Kinderspielplatz und das neue Menschenaffenhäus waren Teil der zweistündigen Tour, bei der auch deutlich wurde, an welchen Stellen Investitionsbedarf besteht.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Markus Frank sagte, nachdem jetzt die Defizite bekannt geworden seien, benötige der Zoo eine Rundumerneuerung. »Jetzt müssen Weichenstellungen für die Entwicklung des Zoos erfolgen: Wie sieht der künftige Frankfurter Zoo aus, welches sind seine Schwerpunkte und Attraktionen, um beim Publikum bestehen zu können? Der Zoo braucht jetzt wieder Grzimek'sche Aufbruchstimmung und Tatkraft«, so Frank.

Die CDU-Fraktion legte wenige Tage nach dem Besuch bereits einen Antrag vor, nach dem der Magistrat ein neues, zukunftsweisendes



Richtfest: Ab dem Winter 2007/2008 bietet das Häus Schauanlagen für Orang-Utans, Gorillas und Bonobos sowie eine Regenwaldvoliere. Die Gesamtinvestition beläuft sich auf rund 14,5 Millionen Euro.

Leitbild für den Frankfurter Zoo unter besonderer Berücksichtigung tierschutzrechtlicher Belange vorlegen soll. Hinsichtlich der durchzuführenden Sanierungs-, Umbau- und Neubaumaßnahmen des Zoos soll zudem ein auf maximal zehn Jahre begrenztes, nach Prioritäten aufgegliedertes Konzept aufgestellt werden. Der Antrag wurde am 6. September 2007 von den Stadtverordneten einstimmig angenommen.

Und für noch eine weitere positive Nachricht sorgte der Zoo: Ebenfalls am 6. September konnte das Richtfest für den »Borgori-Wald« gefeiert werden, ein artgerechtes Menschenaffenhäus mit einer großen Innen- und Außenanlage. Baumstämme, Seile und künstliche Felsen regen demnächst neun Gorillas, zwölf Bonobos und sieben Sumatra-Orang-Utans zum Klettern an. Mit der Fertigstellung dieses Publikumsmagneten wird für Ende 2007 gerechnet. Das Gebäude ist einem Blatt nachempfunden, ein Foliendach sorgt für niedrigen Energieverbrauch. Finanziert wird der künstliche Dschungel von der Stadt in einer »Public Private Partnership« mit der Hannover Leasing. Stadtrat Semmelroth versprach bei der Richtfestzeremonie, den Frankfurter Zoo zu einem der besten und ersten in Europa zu machen. Im Anschluss überreichte Gerhard Kittscher, Präsident der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt, einen Scheck in Höhe von 2 Millionen Euro an Semmelroth. Dieser Förderbeitrag sowie die Beteiligung der Zoologischen Gesellschaft Frankfurt bei der Erstplanung waren wichtige Pfeiler auf dem Wege zur Realisierung des »Borgori-Walds«. (jr)



Ortstermin im Zoologischen Garten: CDU-Fraktionschef Markus Frank, Stadtrat Felix Semmelroth und der CDU-Stadtverordnete Jochem Heumann im Gespräch mit Journalisten.

Neues Leitbild, neues Logo – ab Dezember 2007 überall zusehen.



Tiere erleben - Natur bewahren



CDU-Fraktion im Dialog mit Universitätspräsident Steinberg »Stadt und Region profitieren von der Stiftungsuni«

Zu ihrer wöchentlichen Sitzung kam die CDU-Fraktion am 13. Juni 2007 im neuen Gebäude des Fachbereichs Geowissenschaften der Johann Wolfgang Goethe-Universität am Campus Riedberg zusammen. Kern der Arbeitssitzung war das Gespräch mit Universitätspräsident Prof. Dr. Rudolf Steinberg, der den Stadtverordneten das Konzept der Stiftungsuniversität persönlich vorstellte.



Zu Gast an der Universität: CDU-Fraktionschef Markus Frank mit Universitätspräsident Rudolf Steinberg (r.).

Nach Worten Steinbergs stehe die Johann Wolfgang Goethe-Universität vor den wichtigsten Reformen der letzten 50 Jahre. So plane die Universität die Umwandlung der Hochschule in eine Stiftung. Hierfür wird gerade im Hessischen Landtag in Zusammenarbeit mit Wissenschaftsminister Udo Corts (CDU) die gesetzliche Grundlage geschaffen. »Mit diesem ehrgeizigen Schritt«, so Steinberg, »will die Universität an ihre Tradition als erste deutsche Stiftungsuniversität anknüpfen, als die sie von Frankfurter Bürgern 1914 gegründet wurde.«

Die Reform werde helfen, in den kommenden Jahren die Spitzenstellung der Frankfurter Universität national wie international weiter auszubauen. Von der Stiftung erhofft sich der Präsident in Zeiten knapper

öffentlicher Kassen neue Spielräume für Forschung und Lehre. »Wir versprechen uns von ihr auch eine stärkere Wechselwirkung mit der Gesellschaft«, sagte Steinberg. Nach jetziger Planung erscheint eine Umwandlung bereits 2008 als möglich.

Parallel dazu strebe die Goethe-Universität an, ein in Deutschland einzigartiges Maß an Autonomie zu erlangen. Zur weiteren Steigerung der Leistungen in Forschung, Lehre und Weiterbildung ist die jetzige Struktur als Körperschaft des öffentlichen Rechts und staatliche Einrichtung nicht optimal«, führte Steinberg dazu aus.

In Verbindung mit der Umwidmung in eine Stiftungshochschule will die Goethe-Universität nach eigenen Angaben in Zukunft alle Möglichkeiten ausschöpfen, Lehrmittelangebote, Serviceorientierung, Kooperationsfähigkeit und Strahlkraft zu verbessern. Dazu gehört auch der räumliche Umbau der Uni. Im ersten Bauabschnitt entsteht eine regelrechte »Science City« mit naturwissenschaftlichem Schwerpunkt. Vom Prozess der Veränderung sollen alle Bereiche der Universität, aber auch das städtische und regionale Umfeld profitieren.

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Markus Frank begrüßte das Konzept: »Die Idee, die Goethe-Universität in eine Stiftungsuniversität umzuwandeln, kann durchaus eine Chance für den Wissenschaftsstandort Frankfurt am Main sein, den Hochschulstandort Hessen stärken und die Bedingungen für Studierende verbessern«. (jr)



Ausbaustufe II: Im August 2009 wird der erste Spatenstich für den Fakultätsbau der Geowissenschaften (in der Mitte) und die neue Zentralverwaltung der Universität (rechts) am Campus Westend gesetzt. Der Siegerentwurf des Berliner Architektenbüros Müller Reimann orientiert sich an der Ästhetik des Poelzig-Baus.



Bei der Parade mit von der Partie: Dr. Bernadette Weyland, Ankin Akyüz, Thomas Kirchner, Hildegard Burkert, Christiane Loizides und Mariano Franchi (v.l.)

Für ein friedliches Zusammenleben in Frankfurt am Main

Stand der CDU-Fraktion bei der 5. Parade der Kulturen

Unter dem Motto »Alle Anders – Alle Frankfurt!« zogen am 23. Juni rund 2000 Teilnehmer zu Fuß oder auf Festwagen durch die Innenstadt. Es war auch im fünften Jahr wieder eindrucksvoll, mit wie viel Mühe und Einsatz sich die Gruppen vorbereitet und präsentiert haben.

Trotz des zunächst miserablen Wetters kamen rund 30.000 Besucher, um dem reichhaltigen Kulturprogramm mit Musik und Tanz auf dem Römerberg zu folgen und Kulinarisches an einem der rund 100 Verkaufsstände zu genießen. Sie setzten

damit zudem ein Zeichen für ein friedliches Miteinander der Menschen verschiedener Kulturen in Frankfurt.

Auch die CDU-Fraktion war mit einem Informationsstand vertreten. Die anwesenden Mitglieder der Römer-Fraktion und des

Fachausschusses Integration trotzten Wind und Regen und freuten sich über anregende Diskussionen mit den Besuchern der Veranstaltung.

Der Schirmherr der Veranstaltung, Stadtkämmerer Uwe Becker (CDU), sagte: »In Frankfurt am Main leben Menschen aus rund 170 Kulturtraditionen – diese Vielfalt trägt zum weltoffenen Charakter unserer Stadt bei und stärkt damit unser internationales Renommee.« (tk)

Bildung ist auch in Serbien das Zukunftsthema

Delegation der CDU-Partnerpartei DSS zu Besuch in Frankfurt am Main

Auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) waren am 14. August 2007 drei hochrangige Vertreter der Demokratischen Partei Serbiens (DSS) zu einem Gedankenaustausch im Frankfurter Römer eingetroffen.

Die 1992 von Vojislav Koštunica gegründete DSS ist als Partnerpartei der CDU assoziiertes Mitglied der Europäischen Volkspartei und bildet seit der Parlamentswahl 2007 zusammen mit der sozialdemokratischen DS und der wirtschaftsliberalen Partei G17 Plus gegen die starke nationalistische Serbische Radikale Partei (SRP) die Belgrader Regierung, die für eine stärkere Annäherung an die EU eintritt.

Angeführt von dem Abgeordneten Nikola Lazic, dem Internationalen Sekretär der DSS, wurde die Delegation zunächst von Stadtverordnetenvorsteher Karlheinz Bührmann (CDU) im Kaisersaal empfangen. Anschließend kam es zu einem gut zweistündigen Meinungsaustausch mit der Vorsitzenden des Bildungsausschusses, der CDU-Stadtverordneten Dr. Bernadette Weyland. Zu erfahren war, dass Serbien im Jahre 2001 eine grundlegende Reform des Bildungssystems begonnen hat. Aber auch Kommunal Finanzen waren für die Delegation von Interesse. So zeigten sich die Parteifunktionäre beeindruckt vom Etat der Stadt Frankfurt, der mit 2,5 Mrd. Euro ein Drittel des gesamten serbischen Staatshaushaltes umfasst.



Interessiert an Frankfurt am Main (v.l.): Nikola Lazic MP, die Dolmetscherin Irena Pavlovic, der ehemalige Abgeordnete Vojkan Tomic, Vlade Vukicevic, stellvertretender Internationaler Sekretär der DSS, wurden in der Fraktionsgeschäftsstelle von der Stadtverordneten Dr. Bernadette Weyland empfangen.

Besonders interessiert war die Delegation vor dem Hintergrund der eigenen multireligiösen Situation im ehemaligen Jugoslawien an der Integrationspolitik und der Stärke der christlichen Tradition in Frankfurt am Main. (jr)



Los gehts: Für rund 1.000 Schüler der Freiherr-vom-Stein-Schule begann der Unterricht nach den Ferien in diesen Metallboxen. 2009 ist die neue Schule fertig.

Schulbauunterhaltung – mehr als eine Pflicht

Koalition handelt bei der Schulsanierung in Frankfurt am Main

Die Vorsitzenden der Koalitionsfraktionen Markus Frank (CDU) und Olaf Cunitz (DIE GRÜNEN) informierten sich zusammen mit der Vorsitzenden des Bildungsausschusses der Stadtverordnetenversammlung, Dr. Bernadette Weyland (CDU), an zwei Schulstandorten im Stadtteil Gallus über den in der günstigen Zeit der Sommerferien geschehenden Fortgang der Schulsanierung in Frankfurt am Main.

Der Rundgang begann in der Günderrodeschule (Renovierung der Treppenhäuser und Flure sowie Abschleif der Klassenzimmer-Parkettböden im Altbau) und endete in der benachbarten Paul-Hindemith-Schule, deren Großsporthalle derzeit eine Bodenkompletterneuerung erhält.

Frankfurt am Main soll nach den Plänen der schwarz-grünen Koalition in den nächsten fünf Jahren zu der Familienstadt in Deutschland werden. Dazu gehört nicht zuletzt ein hervorragendes Bildungsangebot in öffentlicher Trägerschaft. Nach dem Hessischen Schulgesetz ist die Stadt als Schulträgerin nicht nur verpflichtet, Schulgebäude und -anlagen zu errichten, sondern auch zu unterhalten und zu bewirtschaften. Neben einmaligen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten ist es die laufende Bauunterhaltung an den rund 150 Frankfurter Schulen, die erhebliche kommunale Mittelaufwendungen notwendig macht. »Dieses Geld ist für die Ausbildung unserer Kinder sehr gut angelegt«, sagte CDU-Fraktionschef Frank.

Die Koalitionsvereinbarung von CDU und Grünen sieht zur baulichen Verbesserung der Frankfurter Schulen ein Investitionsprogramm »Unsere Schulen können sich sehen lassen« vor, das mit Beschluss

zum Haushalt 2007 um jährlich 8,8 Mio. Euro aufgestockt wurde. Somit stehen pro Jahr rund 25 Mio. Euro an Bauunterhaltungsmitteln bereit. Hinzu kommt ein Fachraumprogramm mit einem Volumen von 10 Mio. Euro.

Unterdessen haben in den Sommerferien die großen Um- und Neubauarbeiten an den vier Schulstandorten begonnen, die in einem Public-Private-Partnership-Verfahren (PPP) von der Stadt gemeinsam mit der Hochtief PPP Solutions GmbH saniert werden. Bis Mitte 2009 sollen die

Sanierung der Carl-von-Weinberg-Schule (Schwanheim) und der Heinrich-Kleyer-Schule (Nordend) sowie der Neubau der Freiherr-vom-Stein-Schule (Sachsenhausen) und des Bildungszentrums Höchst (BIKUZ) abgeschlossen sein. Hochtief wird in die Sanierung investieren und die Gebäude 20 Jahre lang auch betreiben. Das Projekt hat ein Gesamtvolumen von 192 Millionen Euro. Stadtkämmerer Uwe Becker (CDU) rechnet mit einer um 15 Prozent höheren Wirtschaftlichkeit gegenüber der konventionellen Abwicklung durch das Hochbauamt.

In der Stein-Schule, in deren Altbau das Dach undicht war und die Heizung nicht mehr funktionierte, sind für die Übergangszeit jetzt Pavillons in der Seehofstraße mit ausreichendem Platzangebot auch für Unterrichtsräume, Bibliotheken und Gemeinschaftsräume errichtet worden. »Das ist das größte mobile Schuldorf Hessens«, sagte Bildungsdezernentin Jutta Ebeling (Grüne). Das Friedrich-Dessauer-Gymnasium im BIKUZ sowie die Kleyer-Schule haben ebenfalls bereits vorläufige Unterkünfte bezogen. Die Weinberg-Schule folgt im Herbst. (jr)



CDU-Fraktionschef Markus Frank und die Vorsitzende des Bildungsausschusses, Dr. Bernadette Weyland (CDU, im Bild rechts), besichtigen die laufenden Renovierungsarbeiten in den Klassenräumen der Günderrodeschule.

*Gärtnerisch neu angelegt:
Die CDU-Fraktion an der
Grabstätte der Opfer des
KZ-Außenlagers Katzbach/
Adlerwerke – Gewinn E 157.*



Bild: Fester

Den Hauptfriedhof als bedeutende Begräbnisstätte besser schützen

CDU-Fraktion beantragt Konzeption für mehr Öffentlichkeitsarbeit und Sicherheit

Der Hauptfriedhof ist immer wieder Ziel von Vandalismus. Die Schäden reichen von zerstörten Grabmälern und dem Entwenden von Figuren bis hin zu vermeintlichen »Kavaliersdelikten« wie dem Stehlen von Blumenschmuck. Die CDU-Fraktion will deshalb auf dem Antragsweg eine bessere Verankerung des hohen kulturhistorischen Werts des Hauptfriedhofs im Bewusstsein der Öffentlichkeit erreichen, um die Situation bedeutend zu verbessern.

Die CDU-Fraktion hat sich aus diesem Grund an Ort und Stelle ein Bild von der aktuellen Situation am Hauptfriedhof gemacht. Stationen der sachkundigen Führung durch den Leiter des Grünflächenamts, Stephan Heldmann, waren unter anderem aktuelle Bau-sanierungen (Altes Portal, Gruftenhalle, Wege, Eingangsbereich) und Baupläne (Neuer Betriebshof »Eckenheimer Landstraße«) sowie gärtnerische Neuanlagen (Grabstätte der Opfer des KZ-Außenlagers Katzbach/Adlerwerke) und beispielhafte Patenschaftsgräber. Aber auch eher verwunschene Bereiche des Friedhofs waren Ziel der Tour. Zudem wurden Erfahrungen mit dem neuen Friedhofstaxi mitgeteilt.

»Der über 175 Jahre alte Frankfurter Hauptfriedhof ist nicht nur eine der größten Friedhofsanlagen Deutschlands, sondern auch als Kulturdenkmal ein herausragender Spiegel der Frankfurter Stadtgeschichte und ein wunderschöner Park mit reichem Baumbestand.



Bild: Reiberg

Erfolgreiches Patenschaftsprojekt: Das vorbildlich restaurierte Grabmal der Bankhaus-Familie Kessler mit dem Paten Dieter Georg (l.) sowie CDU-Fraktionschef Markus Frank und Grünflächenamtsleiter Stephan Heldmann (Mitte).

Wir wollen diese Identität stiftende Stätte aufwerten und noch stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken«, sagte der CDU-Fraktionsvorsitzende Markus Frank.

»Wir fordern deshalb den Magistrat auf, eine umfassende Konzeption zu entwickeln und umzusetzen, die den Hauptfriedhof im Zuge einer verbesserten Öffentlichkeitsarbeit als Stätte der Frankfurter Geschichte und Trauerkultur noch bekannter und damit auch sicherer macht. Die Vandalismusanmeldungen der letzten Monate zeigen dringenden Handlungsbedarf an«, so Frank.

Parallel dazu steige das Unsicherheitsempfinden der Friedhofsbesucher. »Viele Friedhofsbesucher gehen bewusst nur am belebten Vormittag auf den Friedhof. Der Hauptfriedhof als Stätte der Besinnung und Trauer, der Stadtgeschichte oder auch nur als der Entspannung dienender Stadtpark wird dadurch empfindlich beeinträchtigt. Deshalb soll die verstärkte Bestreifung durch Landes- und Stadtpolizei wie auch der Einsatz des Freiwilligen Polizeidiensts für ein Plus an Sicherheit für die Friedhofsbesucher sorgen«, kündigte der Fraktionsvorsitzende an.

»Auch das von der schwarz-grünen Koalition eingeführte Friedhofstaxi leistet einen Beitrag und sorgt bei älteren und gehbehinderten Friedhofsbesuchern für sichere und unbeschwerliche Fortbewegung auf diesem weiträumigen Areal. Aber die Verbesserung der operativen Sicherheitsvorkehrungen allein wird nicht genügen. Nur eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit kann den Hauptfriedhof als berühmte Begräbnisstätte im Bewusstsein der Bevölkerung stärker verankern und seine Wertschätzung steigern. Wenn zum Beispiel jeder Frankfurt-Reiseführer auf die kulturhistorische Bedeutung des Friedhofs ausführlicher hinweisen würde, könnte auch der geführte und individuelle Tourismus für eine Belebung zumindest in den Tagzeiten sorgen. Viele andere Vorschläge sind in unserem Antrag enthalten. Wir erwarten ein Konzept, das am Ende zu einer deutlich verbesserten Situation auf dem Hauptfriedhof führt«, so Frank. (jr)

Mit dem Bürger-Alarm-System kann zum Beispiel die Prävention bei Einbruchdiebstählen verbessert werden.

Einbrechern und Trickdieben keine Chance geben

CDU-Fraktion beantragt Modellprojekt »Bürger-Alarm-System«

In Abstimmung mit dem Polizeipräsidium Frankfurt am Main will die CDU-Fraktion den Magistrat die Verwirklichung eines Modellprojekts »Bürger-Alarm-System« prüfen lassen. Denn durch ein solches Frühwarnsystem werden Bürger telefonisch über verdächtige Vorfälle und konkrete Gefahrenlagen im Stadtteil und in der näheren Umgebung informiert. Damit wird ein Plus an Sicherheit für die Bevölkerung erreicht.

Von Dr. Walter Seubert und Peter Reichwein



Die an das System freiwillig angeschlossenen Bürgerinnen und Bürger sind mit ihren Adressdaten und Telefonnummern in einem besonderen Computer der Polizei gespeichert und können so im Falle eines Vorkommnisses direkt von der Polizei via Telefon informiert werden. Das Telefon – zu Hause oder mobil – klingelt, und die Teilnehmer am Bürger-Alarm-System können die zuvor eingespeiste Sprachmitteilung mit den relevanten Informationen abhören. Sollten Teilnehmer nicht erreichbar sein, wiederholt das System den Anruf. Aus datenschutzrechtlicher Sicht ist das System unbedenklich, da es nur von autorisierten Polizeibeamtinnen und -beamten bedient wird. Ein Missbrauch der Daten durch Dritte ist nicht möglich.

Die Vorteile dieses elektronischen Warnsystems liegen darin, das polizeiliche Vorbeugung und Gefahrenabwehr mit gleichzeitiger

Unterstützung der an dem System angeschlossenen Bürger sowie Gewerbetreibenden effektiv intensiviert werden können. Die Polizei wird zum Beispiel in die Lage versetzt, kurzfristig vor betrügerischen Spendensammlern an Haustüren oder vor Einbruchserien in einem Stadtteil zu warnen, ebenfalls vor möglichen Trickbetrügnern. Sie kann schnell Hinweise auf vermisste Personen verbreiten, aber auch Einzelhändler und Institutionen wie Schulen und Kindergärten auf konkrete Gefahren aufmerksam machen. Zudem werden die Telefonsysteme der Polizei entlastet und Bürgeranfragen können schneller entgegengenommen werden. Durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Beteiligten wird nicht zuletzt das nachbarschaftliche Netz und der Zusammenhalt der Bevölkerung gefördert.

Bislang wurden Erfolge bekannt, die auch Grundlage eines Beschlusses des Hessischen Landtags zu "Bürger-Frühwarnsystemen" gewesen sind. Ein Beispiel: Nach Bürgerhinweisen warnte das Polizeipräsidium Südosthessen mit dem Frühwarnsystem vor auffälligen Zeitschriftenwerbern (»Drückerkolonne«). Nach dem Hinweis eines angeschlossenen Frühwarnsystems konnten die betreffenden Personen von der Polizei überprüft

werden. Dabei wurde festgestellt, dass eine von ihnen zur Festnahme ausgeschrieben war.

Derzeit sind in Hessen in mehr als 15 Kommunen Bürger-Frühwarnsysteme installiert, darunter Offenbach, Hanau, Mörfelden-Walldorf, Heusenstamm, Rodgau, Dietzenbach, Dillenburg und Lampertheim. Nachdem die Stadt Offenbach 2005 ein entsprechendes System zusammen mit dem Polizeipräsidium Südosthessen eingeführt und positive Erfahrungen gemacht hat, sind zum März dieses Jahres rund 3.000 Teilnehmer im Offenbacher Bürger-Alarm-System angemeldet. In Großbritannien ist das Bürger-Alarm-System als »Ringmaster-System« verbreitet.

In Frankfurt am Main soll das Modellprojekt nach den Vorstellungen der CDU-Fraktion zunächst auf einen Stadtteil begrenzt und auf zwei Jahre befristet werden. Anschließend soll eine Entscheidung über die Fortführung des Bürger-Alarm-Systems getroffen werden.

Aufgrund der Vorteile von Bürger-Alarm-Systemen hat der Hessische Landtag am 10. Mai 2006 einen Antrag beschlossen, wonach der Landtag »die Einrichtung von Bürger-Frühwarnsystemen als bedeutendes Element der präventiven Arbeit und Vernetzung von Kommunal- und Polizeibehörden sowie des verantwortungsvollen Miteinanders der betroffenen Bürgerinnen und Bürger« begrüßt und es außerdem wünschenswert findet, »dass möglichst viele Kommunen solche Frühwarnsysteme einrichten«.

Bürger-Alarm-Systeme stellen eine innovative Idee dar, die nicht nur der unmittelbaren Gefahren-

abwehr dient, sondern vor allem auch eine Präventionsmaßnahme erster Güte ist, die kriminelles Handeln von vornherein verhindern und damit die Sicherheit insbesondere in den Wohn-Stadtteilen unter Berücksichtigung des Grundsatzes »Nachbarn helfen Nachbarn« wesentlich erhöhen kann!



Beispiel Hanau. 14 weitere Kommunen in Hessen verfügen schon über ein Bürger-Alarm-System.

Badetradition mit Skyline-Blick

CDU und Grüne informierten sich über Badeschiff-Konzept

Ein Pool am Mainufer? Diese Idee klingt allzu modern, ist in Frankfurt am Main aber bereits über 200 Jahre alt. 1800 zum Beispiel eröffnete der Arzt Johann Gottfried Kohl eine Badeanstalt in einem Schiff auf dem Main. Es war für damalige Verhältnisse mit sieben Badezimmern, einem Familienzimmer und umrandet von einer bedeckten Galerie gut ausgestattet. Am Ufer gab es eine schöne Esplanade, auf der Mineralwasser angeboten wurde. 1926 konnten begeisterte Schwimmer in Frankfurt am Main 17 Flussbadeanstalten an Main und Nidda vorfinden, darunter die reizvoll gelegene Pontonanlage am Nizza-

Ufer, die sich von der Untermainbrücke 450 Meter stromabwärts erstreckte.

Ein Badeschiff auf dem Main würde an diese Tradition anknüpfen und eine zusätzliche Attraktion für das Freizeitangebot der Stadt und das sanierte innerstädtische Main-



ufer sein. Der Blick auf die einmalige Frankfurter Skyline könnte dieses Schwimm- und Freizeiterlebnis malerisch abrunden.

Thomas Klüber (Café Walden), Majid Djamegari (King Kamehameha Club) und der Architekt Michael Frielinghaus haben ein gemeinsames Konzept vorgelegt und den Fraktionschefs von CDU und Grünen, Markus Frank und Olaf Cunitz, sowie Sportdezernentin Dr. Daniela Birkenfeld und Planungsdezernent Edwin Schwarz (beide CDU) im Rahmen eines Ortstermins am 7. August 2007 an der südlichen Mainuferpromenade vorgestellt. (jr)

Ein Schwimmbad unter Vereinsregie

Die TG Bornheim betreibt das Gartenbad Fechenheim

Das Bäderkonzept 2004 der Stadt Frankfurt am Main gewährleistet trotz der Notwendigkeit deutlicher Kosteneinsparungen den Erhalt der 13 öffentlichen Schwimmbäder. Der Betrieb einzelner Bäder durch Vereine ist Bestandteil des Bäderkonzepts. Durch das ehrenamtliche Engagement und das Einbringen von spezifischem Sachverstand aus der Vereinsarbeit konnten Bäderschließungen vermieden und die vielfäl-

tige Bäderlandschaft in Frankfurt am Main erhalten werden. Derzeit werden zwei städtische Schwimmbäder durch renommierte Vereine betrieben: das Hallenbad Höchst und das Gartenbad Fechenheim.

Die CDU-Fraktion informierte sich am Beispiel des Gartenbads Fechenheim über die Erfahrungen der TG Bornheim beim Betrieb einer Schwimmstätte und die künftigen Pläne des Vereins mit Blick auf neue Angebote und Investitionen. Vor vier Jahren übernahm Hessens größter Sportverein die Regie in der

denkmalgeschützten und schön renovierten Schwimmhalle aus den 20er Jahren.

5.000 der gut 15.000 Mitglieder des Vereins nutzen nach Angaben von Vereinschef Peter Völker zu den günstigen Konditionen des Mitgliedsbeitrages die Anlage, die sich äußerlich im besten Zustand befindet. Die Vereinsmitglieder gingen pfleglich mit den Einrichtungen im Bad um und auch die Liegewiese müsse nur einmal in der Woche gesäubert werden. Und der Verein hat noch viel vor: Mit dem Ausbau einer Lagerhalle will Völker mehr Platz schaffen für Sauna-, Fitness- und Gymnastikbesucher. Sichtlich überzeugt von der engagierte Vereinsarbeit im Gartenbad, sagte Fraktionschef Markus Frank, die Kooperation mit der TG Bornheim sei »eine richtige Entscheidung« gewesen. (jr)



Große Pläne: Peter Völker (2.v.r.), Vorsitzender der TG Bornheim, erläutert seine Ausbaupläne zum Gartenbad. Mit im Bild: CDU-Fraktionschef Markus Frank, Stadträtin Dr. Daniela Birkenfeld und der CDU-Stadtverordnete Martin Gerhardt (v.r.).



Bild: Rotberg

Im Internet sekundenschnell zur Stadtverwaltung

Koalition will durch elektronische Kommunikation mit den Bürgern die Demokratie stärken

Das Internet bestimmt zunehmend unseren Alltag. Frankfurt am Main ist 2007 mit einem Nutzeranteil von 65,4 Prozent zusammen mit Berlin und Köln Spitzenreiter und »Internet-Hauptstadt« in der Bundesrepublik. Die Stadt muss auf diesen starken Trend reagieren und Strategien entwickeln.



Günther Quirin

Verwaltungspolitischer
Sprecher der
CDU-Fraktion

Die Stadtverwaltung muss fit gemacht werden für den computergestützten Dialog mit den Bürgern. Schon heute gibt es zahlreiche Möglichkeiten, mit städtischen Ämtern vom PC aus Kontakt aufzunehmen. Die Reservierung von Kfz-Wunschkennzeichen ist dabei ebenso möglich wie der Online-Erwerb von Kartenwerken der städtischen Plankammer oder die Internetabfrage politischer Initiativen durch das Parlamentsinformationssystem »PARLIS«. Allerdings gibt es hier noch viele Insellösungen. Von einem einheitlichen »Web-Amt« mit ineinander übergehenden, schnellen und damit bürgerfreundlichen Fachverfahren sind wir weit entfernt.

E-Government-Angebote sind aber nur die eine Seite der Medaille. Im Zusammenhang mit der immer wieder angeführten Politikverdrossenheit und sinkenden Wahlbeteiligungen hat der Organisationsdezernent Stadtrat Boris Rhein (CDU) nach der letzten OB-Wahl im Januar mehr Wahldisziplin angemahnt, aber ebenso dafür geworben, neue Initiativen für eine stärkere Bürgerbeteiligung am politischen Geschehen

zu ergreifen. Dazu gehören auch moderne Dialogformen im Internet wie zum Beispiel Chats und Blogs.

Der Koalitionsvertrag von CDU und Grünen hat gleichfalls eine verbesserte Bürgerbeteiligung in Frankfurt zum politischen Ziel.

Zahlreiche neue Möglichkeiten für mehr Bürgerbeteiligung bietet bereits der Internetauftritt der Stadt. Rund 450.000 Internetnutzer greifen monatlich auf diesen Service zu. Diese Möglichkeiten müssen im Interesse der Bürger konsequent genutzt werden. Online-Dialoge – etwa Internetforen zu aktuellen kommunalpolitischen Themen, elektronische Meinungsumfragen, fachspezifische Online-Umfragen zur Unterstützung der Verwaltungsarbeit und regelmäßige Live-Chats mit Kommunalpolitikern – können die Beziehungen und den Wissensaustausch zwischen Politik und Bürgern und damit auch die Demokratie stärken.

In Frankfurt am Main ist das Vorgehen aufgrund der Magistrates- und Ämterstruktur aber weitgehend uneinheitlich und verbesserungsfähig. Zu zentralen Themen gibt es keine städtischen Internetforen. Zudem fehlt eine auch politisch eingebettete Gesamtstrategie. Die Koalition hat deshalb mit Antrag NR 439/07 einen solchen Masterplan gefordert. So soll der Magistrat seine Anstrengungen verstärken, die vorhandenen technischen Voraussetzungen für einen regelmäßi-



Geht dir der Rat aus, geh ins Rathaus – jetzt auch online per Mausclick. Der Frankfurter Römer vom Minervabrunnen aus gesehen.

gen und komplexen Internetdialog auf der Basis von www.frankfurt.de als Teil der städtischen Informationspolitik und des Stadtmarketings zu nutzen. Zudem soll der Magistrat einen Strategieplan als Orientierungs- und Diskussionsgrundlage zum Thema »Internet-Bürgerbeteiligung« am Beispiel einer kollegialen Verwaltungsleitung erstellen lassen, der sinnvolle Einsatzgebiete für dieses Medium, Beispiele technischer Anwendungsprozesse, Beispiele aus vergleichbaren Großstädten und weitere Handlungsperspektiven sowie den Zeit- und Personalaufwand für die vorgeschlagenen Angebote benennt. Mit diesem Impuls kommt die Stadt Frankfurt einen wesentlichen Schritt voran auf dem Weg zu einer interaktiven Bürgerbeteiligung, die vielleicht auch das Interesse an Kommunalpolitik bei vielen Bürgern neu zu wecken vermag.

Web-Tipp:

» www.frankfurt.de

Blick vom neu gestalteten Höchster Mainufer auf die alte Justinuskirche, das älteste Gotteshaus auf Frankfurter Gebiet. Im Hintergrund: Das Höchster Schloss.



Mainzer Rad und Frankfurter Adler

Zwischen Tradition und Innovation: Höchst ist heute wieder ein Stadtteil im Aufwind



Uwe Serke

Vorsitzender der CDU-Fraktion im Ortsbeirat 6

Der Stadtteil Höchst, seit 1928 Teil von Frankfurt am Main, hat in den mehr als 1.200 Jahren seines Bestehens schon viele Zeiten der Prosperität, aber auch der Krisen erlebt. Der Bau der Justinuskirche um 830 durch die Mainzer Erzbischöfe ist ein Ausdruck der Bedeutung, die Höchst zu dieser Zeit hatte.

Weltweit bekannt wurde Höchst als Standort für vielfältige Produktionsbetriebe der chemischen Industrie. Der Stadtteil Höchst ist davon entscheidend geprägt. Die Krise und der weltweite Strukturwandel dieser Branche trafen Höchst als einen auf die Hoechst AG ausgerichteten Stadtteil in den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts massiv. Zudem war Höchst vom Trend nach Konzentration des Einzelhandels außerhalb der Innenstädte betroffen.

Ein ganz wesentliches Merkmal von Höchst ist die um das Schloss gelegene Altstadt, die, nachdem bereits 1959 einzelne Häuser unter Denkmalschutz gestellt wurden, im Jahr 1972 als Gesamtensemble Denkmalschutz erhielt. Dadurch konnten die historischen Bauwerke erhalten und viele saniert werden. Leider war diese positive Entwicklung nur auf die Altstadt beschränkt und strahlte nicht auf den restlichen Stadtteil aus.

»In Höchst muss etwas geschehen«, war die einhellige Meinung in Politik und verfasster Bürgerschaft. Nach einer schonungslosen Bestandsaufnahme herrschte Einigkeit darüber, dass nur ein Bündel von Maßnahmen Höchst wieder zu einem Aufschwung verhelfen könnte. In enger Kooperation hat die CDU-Fraktion im Ortsbeirat mit der Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung, dem Stadtplanungsamt und vielen anderen engagierten Menschen ein Paket von Maßnahmen erstellt, die nun Schritt für Schritt verwirklicht werden. Besonders ist dabei das Engagement des Planungsdezernenten Edwin Schwarz zu erwähnen, der Höchst zu einem Schwerpunktthema gemacht hat.

Zurzeit wird gerade der Dalbergkreisel gebaut. Mit dessen Fertigstellung erhält die Höchster Innenstadt ein ansprechendes Eingangsportal und wird städtebaulich strukturiert. Das Kunstwerk von E. R. Nele im Zentrum gibt dem Dalbergplatz repräsentative Wirkung.

Daran schließt sich die Neugestaltung der Bruno-Asch-Anlage an. Diese in den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts geschaffene Parkanlage war vom Jugendstil

und Expressionismus inspiriert, wirkte jedoch zuletzt sehr vernachlässigt. Sie wird in neuem alten Glanz wiedererstehen.

Als eine der ersten Maßnahmen für den Aufschwung in Höchst ist die gekonnte Neugestaltung des Mainufers im Jahr 2006 zu sehen. Dadurch ist Höchst im Erleben der Menschen wieder an den Main zurückgekehrt, nachdem über Jahrzehnte die Ufergestaltung eine einfaltslose Öde ergab.

Als Initialzündung wird sich der Rahmenplan Höchst erweisen. Dahinter verbirgt sich ein mit 21 Millionen Euro ausgestattetes Förderprogramm zur Modernisierung von Wohnraum, der Schließung von Baulücken und der Gestaltung von öffentlichen Plätzen und Anlagen. Zudem wird der Blick weit in die Zukunft gerichtet. Für die heute noch als Parkplätze genutzten Flächen vor dem Tor Ost des Industrieparks wird die Schaffung eines Büroparks, umgeben von Grünflächen, vorgeschlagen. Mit dem Freiwerden des VGF-Geländes mitten in Höchst ergibt sich die seltene Chance, an einer Spitzenlage völlig frei städtebauliche Gestaltung vorzunehmen.

Mit Höchst geht es aufwärts, dies ist überall zu erleben.



Symbol neuen Aufschwungs: Die Infraseriv Höchst GmbH bietet als Betreiber des Industrieparks Höchst beste Rahmenbedingungen für mehr als 22.000 Arbeitsplätze.



Der Frankfurter Dom St. Bartholomäus, vom Mainufer aus gesehen. Rechts das Leinwandhaus.

Frankfurter Dom als UNESCO-Weltkulturerbe

Antrag der CDU-Fraktion

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, zu prüfen und zu berichten, ob der Frankfurter Kaiserdom (St. Bartholomäuskirche) die Kriterien für einen Nominierungsantrag zur Aufnahme auf die UNESCO-Liste des Welterbes aussichtsreich erfüllt.

Begründung:

Der Frankfurter Dom ist als zentrales Bauwerk der Hoch- und Spätgotik wie auch als

herausragender Ort deutscher und europäischer Geschichte ein sakrales Gebäude, dass ebenso wie die Domkirchen zu Aachen, Köln oder Speyer zu einem Kulturerbe gerechnet werden kann, das unter keinen Umständen gefährdet werden darf.

Die beiden Turmportale nach Entwürfen des städtischen Werkmeisters Madern Gerthener (um 1360–1430) bilden den Beginn der deutschen Spätgotik. Seit seinen karolingischen Ursprüngen als Pfalzkirche und Königsstift, später als Reichsstift sowie

Wahl- und seit 1562 auch Krönungskirche der deutschen Könige und Kaiser ist der Frankfurter Dom ein Gotteshaus von internationaler Bedeutung.

Die Stadt hat durch Erfüllung ihrer Dotationspflichten gut für den Dom gesorgt. Der Eintrag dieser geschichtlichen Stätte auf der Welterbe-Liste der UNESCO wäre für Frankfurt am Main von großer Bedeutung, einem entsprechenden Antrag der Stadt sollte jedoch eine sorgfältige Prüfung der Voraussetzungen vorausgehen.

Dabei ist insbesondere von Interesse, ob und unter welchen Bedingungen zukünftige bauliche Veränderungen im Umfeld des Doms – zum Beispiel die Neubebauung des Altstadtareals anstelle des Technischen Rathauses oder eine Beeinträchtigung der typischen, vom Dom geprägten Altstadtsilhouette durch Hochhäuser, Brücken und andere Bauwerke – den Eintrag auf dieser weltbedeutenden Denkmalliste befördern, gefährden oder ausschließen könnten.

Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels

Gemeinsamer Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE GRÜNEN IM RÖMER

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, in der Paulskirche an geeigneter Stelle eine Ehrentafel zu installieren, auf der die Friedenspreisträger des Deutschen Buchhandels aufgeführt sind. Die Liste der Preisträger wird jährlich fortgeschrieben und auch im Internet veröffentlicht.

Wird seit 1950 verliehen:

Der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels.

Begründung:

Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels vergibt jedes Jahr den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels an Personen, »die sich durch literarische, wissenschaftliche und künstlerische Tätigkeit zur Verwirklichung des Friedensgedankens in hervorgehobenem Maße verdient gemacht haben«. Der international bedeutende Preis erfreut sich weltweiter Beachtung. Eine nachhaltige Würdigung der Preisträger auf einer Ehrentafel in der Paulskirche erscheint angemessen.



CDU-Fraktionsvorsitzender begrüßt Konzernentscheidung Industriepark-Ansiedlung von Ticona ist ein Glücksfall

Als Glücksfall für Frankfurt am Main und den Stadtteil Höchst hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion Frankfurt am Main, Markus Frank, die Entscheidung der Celanese AG bezeichnet, ihr Tochterunternehmen Ticona auf das Gelände des Industrieparks Höchst umzusiedeln. Wegen des geplanten Ausbaus des Frankfurter Flughafens wird der Hauptsitz Kelsterbach bis etwa 2011 geschlossen.



Markus Frank

Vorsitzender der
CDU-Fraktion
Frankfurt am Main

»Der Industriesektor ist in Frankfurt am Main neben dem Banken- und Dienstleistungsbereich, den Unternehmen für Kommunikation sowie für Forschung und Entwicklung der vierte große Wirtschaftsfaktor, der insbesondere im Stadtteil Höchst eine starke Tradition hat. Wenn sich ein Weltkonzern wie Celanese für Höchst entscheidet, zeigt dies, wie aussichtsreich die Zukunft dieses Standorts ist. Das Votum für den Industriepark steigert zudem die Attraktivität des Frankfurter Westens für Investitionen und erhöht die Arbeitsplatzsicherheit in diesem Stadtteil«, so Frank.

Frank gratulierte der Infracore GmbH als Betreiberin des Industrieparks zu diesem Erfolg. »Infracore Höchst hat mit einer effizienten Infrastruktur sehr gute Rahmenbedingungen für die etwa 90 Unternehmen im Industriepark geschaffen. Dazu gehört auch die Entwicklung innovativer Energieversorgungskonzepte. Diese ausgezeichnete Professionalität auf Seiten des Betreibers in Verbindung mit den allgemeinen Standortqualitäten der Stadt Frankfurt am Main hat sich im Fall Ticona ausgezahlt. Zu den rund 22.000 Mitarbeitern im Industriepark kommen jetzt 280 hinzu«, zeigte sich Frank erfreut.

Auch die Ankündigung von Ticona, trotz des Wegfalls einzelner Versorgungssparten in den Bereichen Energie und Abwasserreinigung, die von Infracore selbst übernommen werden, keine betriebsbedingten Kündigungen aussprechen zu wollen, sei Frank zufolge in hohem Maße erfreulich: »Hier hat Ministerpräsident Roland Koch mit seinem Drängen auf eine Beschäftigungsgarantie für die von der Produktionsaufgabe am alten Standort in Kelsterbach betroffenen Mitarbeiter einen beachtlichen Erfolg erzielt.«

Die Entscheidung des Konzerns sei aber nicht zuletzt auch ein Erfolg der städtischen Standortpolitik und des Verhandlungsgeschickes von Oberbürgermeisterin Petra Roth, die in diesem neunmonatigen Wettbewerb nicht locker gelassen habe. »Ticona hätte es sich einfach machen und Frankfurt

die kalte Schulter zeigen können. Der durch den Flughafenausbau erforderliche Umzug hat dem Unternehmen und seinen Mitarbeitern viel abverlangt. Wenn Frankfurt am Main in diesem Wettbewerb mit rund 60 anderen Standorten dennoch obsiegt hat, dann haben handfeste Gründe für unsere Stadt gesprochen: Die Verkehrswege sind hervorragend, es stehen hoch qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung und es bestehen beste Netzwerke zu anderen Betrieben und Forschungseinrichtungen.«

»Ticona zieht nach Frankfurt-Höchst, beginnt 2010 mit der Produktion und sichert Arbeitsplätze. Zusätzlich ist die Verlagerung des Chemiewerks ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zum Ausbau des Frankfurter Flughafens. Das sind gleich zwei gute Nachrichten für Frankfurt am Main«, sagte Frank abschließend.



Ticona, Teil des Celanese-Konzerns und weltweit tätiger Hersteller von technischen Kunststoffen, verlegt sein 1961 gegründetes Werk von Kelsterbach nach Frankfurt-Höchst.

Bild: dpa


FRANKFURT magazin


fragt!

Michael Boddenberg antwortet

Michael Boddenberg (48) ist verheiratet und Vater von drei Kindern. Nach seinem Abitur absolvierte er eine Lehre im Fleischerhandwerk, die er 1983 mit der Meisterprüfung abschloss. Von 1984 bis 1989 war er Mitglied der Geschäftsleitung eines mittelständischen Unternehmens der Tiefkühlindustrie und von 1995 bis Januar 2002 Geschäftsführer und Gesellschafter der Fleischfeinkost Schäfer GmbH. Seit 1989 ist Boddenberg Leiter der privaten Frankfurter Fachschule J. A. Heyne und seit 1993 Geschäftsführer und Gesellschafter der Boddenberg, Heyne & Partner GmbH.

Boddenberg war von 1993 bis 1999 als ehrenamtlicher Stadtrat Mitglied des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main, bevor er 1999 Mitglied des Hessischen Landtags wurde. Seit April 2001 ist er Generalsekretär der CDU Hessen und seit 2004 wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. Am 4. Juni 2007 wurde Michael Boddenberg erneut als CDU-Landtagskandidat für den Wahlkreis 37 – Frankfurt IV nominiert.

Auf welche Leistungen sind Sie besonders stolz? Weniger auf meine eigenen, sondern auf die Leistungen meiner Familie und unserer Mitarbeiter, die mein politisches Engagement erst möglich machen.

Ihr Hauptcharakterzug? Ich hoffe, dass mein Umfeld meine Behauptung teilt, dass ich (meistens) guter Laune bin.

Wie können Sie entspannen? Mit meiner Familie und Freunden bei einem guten Glas Wein. Einmal im Jahr mit Gitarre und Freunden bei einer Bootstour auf dem Shannon in Irland.



Zu Recht stolz auf seine Stadt: Michael Boddenberg vor der Frankfurter Skyline.

Was wollten Sie als Kind werden? Fußballer beim 1. FC Köln, später Musiker.

Womit haben Sie Ihr erstes Geld verdient? Mit ziemlich harter Arbeit in den Schul- und Semesterferien im elterlichen Schlacht- und Zerlegebetrieb in Nordrhein-Westfalen.

Ihre Lieblingsgestalt in der Geschichte? Da gibt es viele. Aus der Politik: Ludwig Erhard. Er hat entscheidend dazu beigetragen, dass die Menschen in unserem Land nach dem Krieg aus dem Vertrauen auf die eigene Leistung und aus der Verantwortung für die Mitmenschen den Grundstein für Frieden und Wohlstand gelegt haben ...

Wie sind Sie zur Politik gekommen? Eher als »Seiteneinsteiger« durch Dr. Walter Wallmann und Petra Roth.

Was treibt Sie an? Dass man mit viel Arbeit und Willen etwas verändern kann, auch wenn mir die Zeit zwischen Entscheidung und Umsetzung immer wieder viel zu lange dauert.

Welches politische Projekt würden Sie gerne durchsetzen? Neben der Beseitigung der wirklich großen Nöte dieser Welt wie Hunger und Armut, dass es uns gelingt, zukünftig viel mehr Menschen für politisches und gesellschaftliches Engagement zu gewinnen.

Hessen so sicher wie noch nie:

- **Niedrigste Kriminalitätsbelastung seit 20 Jahren**
- **Seit 1998 *Straßenkriminalität* um 28 % und *schweren Diebstahl* um 41 % gesenkt**
- **1.000 Polizisten mehr als unter Rot-Grün**



Mutig. Modern. Menschlich.

CDU HESSEN